Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amt Amt 664, 965, 966, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1690.
Geschäftsstelle: Amt 1900, 3348, 3004.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 307. Montag, 30. Juni 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die Rückkehr der Friedensdelegation.

Bevorstehendes Eintreffen der Waffenstillstandskommission.

Die deutsche Friedensdelegation, die am Sonnabend 9 Uhr Versailles im Sonderzug verlassen hatte, ist heute nacht gegen 4 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen.

Reichsminister Bell verließ den Sonderzug in Eberfeld, um sich nach Essen zu begeben. Reichsminister Müller setzte die Reise bis Berlin fort. Der Zug wurde von einem französischen, englischen und italienischen Offizier bis Oldisleben begleitet. Am Bahnhof Neustadt-Edt verabschiedete sich kurz vor der Abfahrt der Präfekt des Seine- et- Oise-Departements sowie der Oberst Denny von den beiden Ministern. Die Fahrt verlief **ohne Zwischenfall**, jedoch wurden die Insassen des Speisewagens kurz vor Complaigne durch einen kleinen Knall aufgeschreckt. Es konnte nicht festgestellt werden, ob es sich um einen Stein oder um einen Feuerwerkskörper handelte, der von der feiernden Volksmenge ins offene Fenster des Speisewagens geschleudert worden war.

Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa trifft, wie wir erfahren, heute abend in Berlin ein, wo von nun an die Hauptabwicklung der Geschäfte bis zur endgültigen Auflösung der Waffenstillstandskommission vor sich gehen wird. Unterkommissionen für die Abwicklung werden in Wiesbaden und Frankfurt a. M. eingerichtet. In Spaa bleibt für einige Zeit noch der Vorsitzende der Kommission, Generalmajor Freiherr von Hammerstein mit einigen höheren Beamten zurück.

Wie weiter berichtet wird, ist der Vorsitzende der englischen Kommission, General Hafing, bereits von Spaa abgereist. General Nubant, der französische Vorsitzende, dürfte ihm wahrscheinlich heute folgen.

Freiherr von Lersner bleibt in Versailles.

Paris, 29. Juni. (Reuter.) Gesandter von Haniel reist morgen früh zusammen mit 30 Mitgliedern der Delegation ab. Freiherr von Lersner und ungefähr 20 Sekretäre werden zurückbleiben.

Paris, 30. Juni. (Havas.) Oberst Henry hat bei Dutasta angefragt ob die Deutschen sich frei in den Straßen bewegen dürften. Die Antwort ist noch nicht erfolgt. Der freie Verkehr wird aber um die Hotels, die von den Deutschen bewohnt werden, rasch wiederhergestellt sein.

Die Räumung der früheren russischen Gebietsteile.

Die „B. T. A." erfahren von der Waffenstillstandskommission: Marschall Foch hatte, wie bereits mitgeteilt, im Auftrage der Verbündeten gefordert, daß jeder neue Vormarsch deutscher Truppen auf Estland eingestellt, Windau und Riga sofort, wie die anderen im Osten besetzten früheren russischen Gebiete, so schnell wie möglich von Deutschland geräumt werden sollten.

In Beantwortung dieser Mitteilung ließ Reichsminister Erzberger Marschall Foch in einer Note vom 28. Juni folgendes erklären:

1. Ein Vormarsch deutscher Truppen gegen Norden in der Richtung Estland war nie beabsichtigt.

2. Die beschleunigte Räumung von Windau und Libau sowie aller Gebiete, die vor dem Kriege zum Russischen Reich gehörten, war von der deutschen Regierung schon vor Eingang der Forderung des Marschall Fochs befohlen und ist zurzeit in der Durchführung begriffen. Dasselbe gilt für die Räumung von Libau und Windau, die in kürzester Frist beendet sein kann, wenn die von dem Verband über Libau verhängte Sperre aufgehoben und den deutschen Schiffen allgemein freie Fahrt zwischen Libau und Windau sowie zwischen diesen beiden Häfen und den deutschen Häfen zugestanden wird.

Ein Hilferuf aus Riga.

Folgendes Funkentelegramm aus Riga traf bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa am 28. Juni ein:

„Der in Vertretung der Stadtverordnetenversammlung tagende Bürgerausschuß Rigas, bestehend aus Vertretern der lettischen, baltischen, russischen und jüdischen Bevölkerung, bittet dringend, Maßnahmen zu treffen, damit dem Kampf zwischen lettländischen und estnischen Truppen sofort Einhalt, geboten werde, da sonst Wiederkehr der bolschewistischen Schreckensherrschaft mit allen Greueln durch Bolschewisten von außen und innen unvermeidlich erscheint. Namenloses Leiden unter Bolschewistenherrschaften berechtigt die Bevölkerung Rigas, Zusammenschluß aller Kräfte und dazu sofortiges Einstellen der Feindseligkeiten zwischen lettländischen und estnischen Truppen zum Kampf gegen den Bolschewismus zu erbitten.

Der Bürgerausschuß als Vertretung der lettischen, baltischen, russischen und jüdischen Bevölkerung Rigas."

Die finnländisch-deutsche Gesellschaft in Helsingfors.

Wie man uns schreibt, veranstaltete die finnländisch-deutsche Gesellschaft in Helsingfors kürzlich eine zahlreich besuchte Zusammenkunft. Unter den Anwesenden befand sich auch der frühere finnländische Gesandte, Staatsrat Hjelt. Der deutsche Gesandte Freiherr von Brück hieß ihn willkommen und bezeichnete seine großen Verdienste für die Förderung der Beziehungen zwischen Finnland und Deutschland. Hjelt hob in seiner Antwort den Ernst der Zeit hervor und sprach die Hoffnung aus, daß bald eine Verderung zum Besseren eintreten möge, so daß die ganze Welt bald eines dauerhaften Friedens teilhaftig werden könne. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Universitätsrektor Ruin, setzte auseinander, welche Aufgaben die Gesellschaft auf Grund der vielhundertjährigen Beziehungen beider Länder zu erfüllen habe. Pastor Dr. Jarnel verlas einen Brief des Grafen von der Goltz, der seine Anhänglichkeit an Finnland betonte. Für die deutschen Ferienkinder wurde im Verlaufe des Abends ein Garantiefonds von 20 000 finn. Mark gezeichnet.

Wilsons Heimfahrt.

Lloyd Georges Ankunft in London.

Brest, 29. Juni. (Reuter.) **Wilson ist nach New York abgefahren.**

London, 29. Juni. Lloyd George und die Friedensbevollmächtigten sind heute abend in London eingetroffen und auf dem Bahnhofe vom König und den Mitgliedern des Kabinetts begrüßt worden. In Downing Street hielt Lloyd George eine Ansprache an die Menge, in der er das Volk aufforderte, sich nicht im Geiste der Prahlerei, sondern im Geiste der Ehrfurcht zu freuen.

Bezugnahme der Wilson-Botschaft auf Deutschland.

R. Basel, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber den Inhalt der vom Präsidenten Wilson veröffentlichten Botschaft erfährt die „Neue Korrespondenz":

Wilson erklärte, daß der Friedensvertrag unterzeichnet sei und, wenn er ratifiziert werde und seine Bestimmungen im vollen Umfang aufrichtig eingehalten würden, die magna charta einer Neuordnung der Dinge in der Welt darstellen werde. Dieser Vertrag sei hart im Hinblick auf die Pflichten und Bestrafungen, die er auferlege, er lege Deutschland jedoch nichts auf, was diese Macht nicht zu leisten vermöge. Deutschland sei imstande, den Platz zurückzugewinnen, welcher ihm von Rechts wegen in der Welt gebühre. Dies könne durch die rasche und ehrliche Ausführung der Vertragsbestimmungen bewirkt werden.

Vorschriften für die Ratifizierung?

R. Bas, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Matin" schreibt, soll in den Friedensvertrag noch eine Vorschrift eingefügt werden, daß nicht nur die Deutsche Nationalversammlung, sondern auch die Preußische Landesversammlung und der Bayerische Landtag den Vertrag an einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt ratifizieren müßten.

Ein Wink an die türkische Delegation.

Reuter-Meldung.

Paris, 29. Juni.

Clemenceau richtete am 28. Juni ein Schreiben an die türkische Delegation, in dem er mitteilte, daß die alliierten und assoziierten Mächte der türkischen Delegation für die der Friedenskonferenz unterbreiteten Mitteilungen dankten. Diese Mitteilungen seien sorgfältig erwogen worden. Da sie jedoch internationale Fragen aufwürfen und eine sofortige Beschlußfassung leider unmöglich sei, seien die alliierten und assoziierten Mächte in der Anschauung, daß eine Verzögerung unbemeidlich sei, der Ansicht, daß durch die Verlängerung des Aufenthalts der Delegation in Paris zurzeit nichts gewonnen werde. Die alliierten und assoziierten Regierungen würden jedoch nicht versäumen, sich sofort mit der türkischen Regierung zu weiterem Gedankenaustausch in Verbindung zu setzen.

Demonstrationen gegen Nitti.

to. Lugano, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem „Avanti" steht der Erlaß einer baldigen Amnestie bevor. Der „Corriere della Sera" gibt das Gerücht von einer baldigen Zusammenkunft Nittis mit Lloyd George wieder.

Die italienischen Blätter melden, daß am Sonnabend eine Kundgebung gegen Nitti stattfand, die von ehemaligen Kriegern im Anschluß an eine Versammlung im Augusteum organisiert wurde. Ein Zug zog vor das Hotel, wo Nitti gegenwärtig Wohnung genommen hat. Die Carabinieri mußten einschreiten, um die Tumultuanten zu zerstreuen.

Wien, 29. Juni. Das Wiener Korrespondenzbureau ist ermächtigt, festzustellen, daß die Nachricht des Laibacher Korrespondenzbureaus, wonach Italien mit Deutsch-Oesterreich eine geheime Militärkonvention geschlossen hätte, vollständig unwahr ist.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Die Pressestelle des Staatskommissars für Oberschlesien in Kattowitz verbreitet die Uebersetzung des amtlichen französischen und englischen Textes der Bestimmungen über die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Hiernach wird das Abstimmungsgebiet unmittelbar einer viergliedrigen internationalen Kommission unterstellt, die von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Groß Britannien und Italien bestimmt wird. Das Abstimmungsgebiet wird von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt. Ausgenommen Gesetzgebung und Steuern gerieht die Kommission alle Befugnisse der preußischen oder deutschen Verwaltung. Die bisherigen Beamten werden abgeschoben und von der Kommission durch neue ersetzt. Die Abstimmung wird von technischen Beratern geleitet, die die Kommission aus der ortsansässigen Bevölkerung auswählt. Es wird geheimerweise abgestimmt, aber die Grenzen zwischen Deutschland und Oberschlesien sollen von dem Verband nicht nur nach dem Wunsche der Einwohner, sondern auch nach der „geographischen und wirtschaftlichen Lage" erfolgen.

Die letztere Bestimmung bedeutet unleugbar, daß dem Einfluß des Verbandes weitgehender Raum gewährt wird. Tatsächlich kann die Grenze mehr oder weniger willkürlich gezogen werden. In der Kommission ist kein Deutscher, nicht einmal ein Neutraler. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch das deutsche Interesse durch einen Delegierten vertreten ist, der imstande wäre, dieses sowohl der Kommission, wie auch dem Verband gegenüber zu vertreten. Auch die Ausrauhl der technischen Wahlüberwachungsbeamten lediglich durch die Verbandskommission deutet an, daß Gewähr für Unparteilichkeit bei der Durchführung der Wahlen nicht gegeben ist.

Wie der Reichskommissar für Posen und Oberschlesien in der Nationalversammlung erklärt hat, wird er das Seine tun, damit die Friedensbedingungen in durchaus loyaler Weise durchgeführt werden. Die gleiche Loyalität der Verbündeten in der Durchführung der Abstimmung ist nichts als eine Forderung der Billigkeit.

Die Danziger Verfassung.

eh. **Danzig**, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Verfassungsfrage im Freistaate Danzig beschloß das Zentralrat der christlichen Gewerkschaften, da eine befriedigende Lösung der Angelegenheit nur durch die Vornahme allgemeiner Wahlen erfolgen könne, die jetzt im Freistaate bestehenden politischen Verwaltungen zur Bildung eines Organs zwecks schneller Durchführung solcher Wahlen zur verfassungsgebenden Freistaatversammlung zu ersuchen. Diese Wahlen müßten nach dem für die deutsche Nationalversammlung geltenden Wahlrecht erfolgen.

Im Freihafen des Danziger Hafens liegen elf amerikanische Dampfer mit Lebensmitteln für Polen. Sie können nicht entladen werden, weil die Kahnschiffer sich weigern, ins polnische Gebiet zu fahren; auch Waggons fehlen, da die Polen die deutschen Eisenbahngüterwagen nicht zurückgeben.

Bolschewistische Angriffspläne gegen Südfinnland.

Helsingfors, 29. Juni. Die Bolschewisten entwickeln eine gesteigerte Tätigkeit. Südlich des finnischen Meerbusens fiel Kronaja Gorka erneut in ihre Hände. Am Syfterbeck wo sie Verstärkungen erhielten, wurden zwei Versuche, Brücken über den Fluß zu schlagen, durch finnländisches Feuer vereitelt. Am nördlichen Ladogasee erschienen 7 bolschewistische Fahrzeuge vor Vitele (?). Außgeboteete Mannschaften besetzten den Ort und schnitten dadurch die rückwärtige Verbindung des Olonetzer Freiforts ab. Der finnländische Generalstab gelangte in den Besitz eines Angriffsplanes, der eine Eroberung des südlichen Finnlands mit den Städten Viborg und Helsingfors durch eine Streitkraft von 25000 Mann vorsieht und mit der Unzuverlässigkeit der regulären finnischen Truppen rechnet.

Keine Geschichtsfälschung!

Die „Nationalliberale Korrespondenz" veröffentlicht einen von der „Kreuzzeitung" in ihrer heutigen Morgenausgabe abgedruckten Artikel „Herr Erzberger in der Sommerfrische", in welchem sie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" „Geschichtsfälschung" vorwirft. Dazu wird uns in Bestätigung unserer ersten Mitteilung geschrieben:

Es finden sich in dem erwähnten Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz" eine ganze Reihe von Unrichtigkeiten, die nicht aus Mangel an Information, sondern zu politischen Zwecken verbreitet werden.

Es ist bereits amtlich mitgeteilt worden, daß Reichsminister Erzberger vor Pfingsten sich einen Paß für die Schweiz hat ausstellen lassen, um seine dort zur Erholung weilende Familie zu besuchen. Bis jetzt ist jedoch der Minister in Berlin und Weimar geblieben und verwendet seit Uebernahme des Reichsfinanzministeriums seine Zeit vornehmlich auf die Arbeit an den von ihm vor der Nationalversammlung zu vertretenden großen Steuervorlagen.

Herr Erzberger denkt also nicht daran, sich „der Verantwortung zu entziehen". Er steht der Nationalversammlung jederzeit zur Verfügung. Er hat in der Angelegenheit der Ehrenklauseln nichts zu verheimlichen. Die Behauptung, „Minister Erzberger habe sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ehrenklauseln eingesetzt", entspricht der Wahrheit und ist keine „Geschichtsfälschung". Die Tatsachen sind aktenmäßig festgestellt. Zeugen sind vorhanden. Die Geschichte wird urteilen.

Uebrigens wäre auch heute schon die „Nationalliberale Korrespondenz", wenn sie wollte, in der Lage, ihren Lesern mehr als die halbe Wahrheit mitzuteilen. Denn sie gibt als Beweis für die von ihr behauptete Geschichtsfälschung aus einem Sitzungsbericht des Demokratischen Vereins in Frankfurt a. M. nur das Referat des Abgeordneten Dr. Luppe wieder. Sie verschweigt aber den gesamten Inhalt des Korreferats, das der Vertreter der „Frankfurter Zeitung" in Versailles, Dr. Guttmann, erstattet hat. Dieser betonte:

„In Falle der Weigerung hätte die Franzosen sofort das Ruhrrevier besetzt und das oberschlesische Gebiet war verloren. Der drohende Verlust der Kohlenversorgung sei einer der Hauptgründe gewesen, die für die Unterzeichnung sprachen. Die Besetzung hätte eine weitere Zerbröckelung Deutschlands bedeutet. Deshalb habe man versucht, alles zu tun, was irgend geeignet wäre, Deutschland zu erhalten, seien außerdem Abgeordnete der Nationalversammlung bereit gewesen, für die Unterzeichnung zu stimmen. Im wesentlichen sei es doch wohl weniger Erzbergers Taktik, als der Zwang der Tatsachen gewesen, der die Zustimmung der Nationalversammlung herbeigeführt habe."

Warum hat aber die „Nationalliberale Korrespondenz" diese gesamten Ausführungen verschwiegen? Weil der Korreferent zu dem von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßten Ergebnis kam: „Einerlei, wie wir über die Friedensfrage denken, dürfte aller Meinung sein, daß der Weg nach links eingeschlagen werden muß!"

Dementsprechend hat auch der demokratische Verein Frankfurt beschlossen, übrigens im Einklang mit einer Entschließung des Landesausschusses der deutsch-demokratischen Partei Badens, daß aus der Ablehnung des Friedens keine Folgerungen für die innere Politik gezogen werden dürften, und daß die Partei innerhalb der bisher vorhandenen Koalition der Mehrheitsparteien weiter arbeiten solle.

„Für die „Nationalliberale Korrespondenz" war also der Angriff auf den Reichsminister Erzberger nur ein parteitaktisches Manöver, um die deutsch-demokratische Partei nach rechts zu sich herüber zu locken. Wo die „Geschichtsfälschung" liegt, kann der Leser nunmehr selbst beurteilen.

Unsere Kriegsgefangenen in Amerika.

Von einem amerikanischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Es ist wohltuend, inmitten der Hetzgesänge unserer Gegner die Stimme unbeirrter Nächstenliebe zu hören, und mehr noch: werktätige Menschlichkeit bei einem unserer bisherigen Feinde zugunsten unserer unglücklichsten Volksgenossen an der Arbeit zu sehen.

Im Jahre 1915 war in New York ein Ausschuß hilfsbereiter Amerikaner zusammengetreten, der sich unter dem Namen „Prisoners of War Relief Committee" (Kriegsgefangenen-Fürsorge) der Linderung der Not unter denjenigen Kriegsgefangenen deutscher und österreichisch-ungarischer Nationalität widmete, die in fremden Erdteilen interniert und der helfenden Hand der Heimat mehr oder weniger entbehren waren. Es wird diesen hochgesinnten Männern und Frauen unvergessen bleiben, daß es ihren Bemühungen gelang, in dem kurzen Zeitraume von 15 Monaten rund 4 Millionen Mark in bar, daneben eine weitere Million in Gestalt von Kleidern, Lebensmitteln, Büchern, Instrumenten und Medikamenten zu sammeln und insbesondere den unglücklichen Kriegsgefangenen in den offiziellen Lagern zuzuführen.

Ein mit besonderer Liebe gepflegter Zweig des Unternehmens bestand in dem Verkauf der Handarbeiten (Schiffsmodelle, Holz- und Knochenschnitzereien, eingelegten Kästen usw.), die in den Kriegsgefangenenlagern Englands entstanden und durch die englische Quakergesellschaft (Society of Friends) gesammelt und nach den Vereinigten Staaten geschafft wurden. Bis zur Kriegserklärung Wilsons waren davon für über 130 000 Mark in Amerika auf Basaren und in den Geschäftsräumen der amerikanischen Kriegsgefangenenfürsorge abgesetzt worden. Der Erlös kam zu einem Teil den Verfertigern unmittelbar zugute, zum anderen Teil diente er der Society of Friends zum Ausbau der von ihr in den Gefangenenlagern eingerichteten Werkstätten und zur Beschaffung der nötigen Rohstoffe. Die Wohltat beruhte weniger darin, den kunstfertigen Kriegsgefangenen ein kleines Taschengeld einzubringen: die Möglichkeit, sich zu betätigen, und zwar nicht zwecklos zu arbeiten, sondern Werte zu schaffen, hat viel dazu beigetragen, das grimme Gespenst des „Stacheldrahtfieberes", in das Irrsinns von vielen unserer internierten Landsleute fernzuhalten.

Mit warmer Genugtuung muß es von uns Deutschen berührt werden, daß es dieser Wohltätigkeitsorganisation gelungen ist, ihr gutes Werk unbeirrt durch den Lärm der Völker und Parteien bis heute fortzusetzen. Die „New York Staatszeitung" vom 11. Mai 1919 — die übrigens, entgegen anderslautenden Nachrichten, ununterbrochen während des Krieges in deutscher Sprache erschienen ist — bringt einen Aufruf des gleichen Ausschusses, aus dem hervorgeht, daß sich inzwischen seine Tätigkeit mit Billigung des Staats Departements, des War Trade Board und des Kriegsministeriums der Milderung des Loses der in Amerika internierten und kriegsgefangenen Deutschen zugewendet hat. Dem Vertrieb von Kriegsgefangenenarbeiten aus England hat der Ausschuß den Verkauf der Erzeugnisse angeschlossen, die der Hauptsächlich unserer drüben eingesperrten „Teerjacken" über Einsendung verdanken — geschnitzte Teebretter, Rauchservice, Handarbeitskästen, Briefschwerer, Weihnachten, Segelschiffsmodelle, Bilderrahmen usw. Wehmütig berührt der Hinweis auf „die künstlerisch schönen, von den in Fort Oglethorpe internierten deutschen Frauen angefertigten Handarbeiten, wie Strickjacken, Reisedecken, Teetischdecken, modernste Taschentücher, Tellerdeckchen, Kissen, Lampenschirme usw."

Der vorliegende Aufruf fordert zu Beiträgen auf, die es ermöglichen sollen, die demnächst zur Entlassung kommenden deutschen Schiffsoffiziere und Mannschaften für ihre Heimreise mit Anzügen, Schuhen, Unterzeug, Wäsche usw. auszustatten. Die 2000 benötigten Anzüge wurden dem Komitee von freiwilliger Seite zum Wohltätigkeitspreise von 12,50 Dollar das Stück zur Verfügung gestellt. Anfang Mai waren hierzu über 13 000 von den erforderlichen 50 000 Dollar in den engeren Kreisen des Ausschusses aufgebracht.

Dem amerikanischen Kriegsgefangenen-Fürsorgeausschuß aber, der sich durch alle Möglichkeiten mißhandelnder Stimmung seines Tuns nicht von seinem menschenfreundlichen Ziel hat abdrängen lassen, gebührt der warme Dank unseres Volkes.

Für die Völkerbundsanleihe.

Eine belgische Stimme.

h. Haag, Mitte Juni.

Nach ehe im „Berliner Tageblatt" der Dernburgsche Gedankengang von einer allgemeinen Völkerbundsanleihe das Licht des Tages erblickte, hat sich das belgische führende Sozialistenblatt „Le Peuple" für die gleiche Art der Kriegsschulden-Tilgung eingesetzt und zwar ist es der sozialistische Senator H. La Fontaine, der unter dem Titel: „Dette mondiale" am 7. Juni schreibt, daß die Wiederaufrichtung des kriegsverwüsteten Gebietsteile mit Unrecht als eine Schuldenlast Deutschlands betrachtet werden dürfe, daß hier vielmehr eine Schuldensache nicht nur der Verbündeten, sondern auch rend und durch den Krieg erbeblich bereichert habe. aller neutralen Staaten vorliege, wo man sich während Die tausend Milliarden, welche der schreckliche Krieg mit Einschluß der Hunderte von Millionen, die zum Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden nötig sind, gekostet hat, müßte eine Weltschuld bilden, die allen Nationen gemeinsam ist"; denn jede Nation müsse, nach einem bestimmten Verhältnisstabe, das allgemeine Massenunglück mit tragen helfen. Es müßten also sämtliche getanen und noch zu tuenden Ausgaben unter einen Hut gebracht werden. Die Notwendigkeit, daß alle diejenigen, die ihre militärischen Kräfte vereinigt haben, nun auch alle ihre Finanzkräfte vereinigten, erscheine als die natürliche und folgerichtige Lösung der drohenden Probleme. La Fontaine weist dann auf den gewaltigen Weltfinanzierungsplan des Amerikaners Stillwell hin und befürwortet lebhaft dessen Grundgedanken für die Errichtung einer Weltanleihe von 1000 Milliarden. La Fontaine schließt sich den sehr optimistischen Erwartungen des Amerikaners hinsichtlich eines neuen und gesünderen Verhältnisses der Menschheit zwischen deren Gesamtausgaben und deren Gesamtvermögen an.

Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

Weitgehende Erleichterungen.

Am zuständiger Stelle erfahren die „M. N. N.": Die durch den automatischen Ablauf des Waffenstillstandes von besonderer Bedeutung gewordene Frage des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten deutschen Gebiet wurde kürzlich schon deutscherseits bei der französischen Vertretung in Spaa zur Sprache gebracht. Der französische Stabschef erklärte, es seien für die nächste Zeit weitgehende Verkehrserleichterungen in Aussicht genommen, doch sei eine Entscheidung bisher noch nicht gefallen. Die Entente werde sicher bereit sein, amtliche Reisen ins besetzte Gebiet, die bisher großen Beschränkungen unterlagen, nach Möglichkeit zu erleichtern. Man müsse aber auch seitens der Verbündeten unterrichtet sein, welche Personen von der deutschen Rückreise in das besetzte Gebiet entlandt werden. Um jedoch eine beschleunigte Ausfertigung zu ermöglichen, beabsichtige man, die von der deutschen Regierung ausgestellten Pässe an General Dupont in Berlin richten zu lassen, der von den verbündeten Regierungen bevollmächtigt werden soll, sie zu prüfen und zu revidieren. Eine ähnliche Revisionsstelle soll bei der französischen Kommission in Frankfurt und Wiesbaden eingerichtet werden. Die Pässe für Angehörigen der verbündeten Staaten, die nach dem nicht besetzten Deutschland einreisen wollen, sollen von der deutschen Kommission in Versailles bezw. von der deutschen diplomatischen Vertretung in Paris visiert werden. Die französische Vertretung erklärte, sie hoffe, die Entscheidung über den Verkehr im besetzten Gebiet in zwei bis drei Tagen herbeiführen zu können.

-l. Frankfurt a. M., 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Höchst haben, wie das „Mittagsblatt" berichtet, die französischen Reservetruppen, der aus allem Kavallerie, Bagage und Tanks in der vergangenen Nacht um 1 Uhr den Rückmarsch begonnen. Die normale Besatzung verbleibt.

Die Fortführung der Blockade.

„Ein neuer Beweis schonungsloser Rachsucht."

Zu der Reutermeldung, daß die zur Ratifizierung des Friedensvertrags durch die Parlamente die besiegenden Kriegsmaßnahmen, auch die Blockade, aufrechterhalten werden, schreibt „Nieuwe Rotterdamsche Courant", man trane seinen Augen nicht, wenn man diese Meldung lese. „Het Volk" sagt dazu: In Anbetracht dessen, daß vermutlichgerweise nicht in geringsten bezweifelt werden kann, daß die Parlamente, auch das deutsche, den Vertrag annehmen werden, kann dieser Beschluß nur als neuer Beweis schonungsloser Rachsucht angesehen werden, die alle Handlungen des amerikanisch-europäischen Regierungsbundes beherrschte.

„Het Nieuwe van den Dag" schreibt: Der Hunger soll es unter dem Volke noch geraume Zeit treiben müssen. Es ist nicht ersichtlich, wozu eine so grausame Maßregel noch notwendig ist, da die Deutschen keinerlei bewaffneten Widerstand mehr leisten können, nachdem die Regierung sich gefügt und die Heeresleitung eine diesbezügliche Erklärung abgegeben hat. In jeder Form hat sich das deutsche Volk durch Unterzeichnung des Friedensvertrages ergeben, und es wird wohl noch nie in der modernen Geschichte vorgekommen sein, daß einem unterworfenen und entwaffneten Feinde Lebensnotwendigkeiten vorenthalten werden wegen einer Formalität, deren Erfüllung außerdem nur von dem Willen der Sieger abhängt.

*

„Nieuwe Courant" schreibt mit Bezug auf den Tag der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand, den 28. Juni, mit welchem das Elend des Weltkrieges begann: Welches Elend wird mit dem heutigen Tage beginnen?

Clemenceaus Note über Blockadeaufhebung.

Versailles, 30. Juni. (Havas.) Clemenceau ließ dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation folgende Note zugehen:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß das Waffenstillstandsabkommen die Blockade vorsieht, und daß dieses Abkommen solange in Kraft bleibt, bis der Austausch der Noten über die Ratifizierung stattgefunden hat. Die Alliierten sind aber bereit, die Blockade aufzuheben, sobald die Ratifizierung ihnen durch die deutsche Regierung angezeigt worden ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident usw. Clemenceau.

Bismarck und Clemenceau.

Stockholm, 30. Juni. „Svenska Dagbladet" schreibt unter der Ueberschrift „Vor den Spiegeln in Versailles":

Ein ungeheurer französischer Triumph wurde am Samstag in der Spiegelgalerie von Versailles besiegelt. Bismarcks ernste Herrscherpersönlichkeit wurde hier durch Clemenceaus weit weniger geniale, aber weitestens auch kräftige Diktatorengestalt ersetzt. Alles Menschenwerk ist vergänglich, und vieles von Bismarcks äußerer Schöpfung war kurzlebiger, als ingenieurmäßig glauben konnte. Aber Reich, wie er ein mächtiges Produkt des deutschen Stammes war, so hat er in die Seele seines Volkes Kräfte gelegt, die nicht durch Gewalt zerstört werden können, sondern auf die sich die Zukunft aufbauen wird. In dem deutschen Wesen hat er einen Schatz von politischer Energie angehäuft und Wirklichkeit geschaffen, das deutsche Volk und die deutsche Reichseinheit durch die gefährliche Krankheitsstelle der Gegenwart hindurch retten wird. Clemenceaus Gewaltfrieden hat die geringere Aussicht auf Erfolg als der Friede, der vor bald einem halben Jahrhundert in Versailles geschlossen wurde. Das deutsche Volk wird das Todesurteil von Versailles mit Verachtung strafen und seine Ehre wird davon nicht berührt.

Vergewaltigung durch den Völkerbund.

Christiania, 29. Juni. In „Morgenbladet" erörtert der ehemalige russische Generalissimus Gurko die Frage, ob der Völkerbund den kleinen Nationen Schutz dagegen biete, wider ihren Willen in zukünftige Kriege hineingezogen zu werden.

Gurko führt u. a. aus Griechenlands Behandlung im letzten Kriege macht es wahrscheinlich, daß es auch künftig zu den möglichen diplomatischen Methoden gehören werde, kleine Völker im Interesse großer in den Krieg hineinzupressen. Denn wie solle man den Vorschlag der Verbündeten an die Schweiz und Skandinavien, an den erneuten Bündnisse Deutschlands teilzunehmen, anders auffassen — hinsichtlich Schweiz, über deren Neutralität man seinerzeit bei dem hiesigen Gedanken an ihre mögliche Verletzung durch Deutschland soviel Tinte und Tränen vergossen hatte, hieße Schweiz, deren Neutralität ebenso wie diejenige Belgiens als europäischen Grundsätze anzuerkennen hieß verpflichtet hatten.

General Gurko kommt zu dem Schluß, es werde künftig weder militärischer noch wirtschaftlicher Gründe bedürfen, um die Großmächte zu verleiten, ein kleines neutrales Land mit Gewalt zur Teilnahme an ihren Interessenkämpfen zu zwingen, dafür werde schon der Pariser Völkerbundsrat sorgen. Dann die Bestimmungen des Pariser Völkerbundsrats müßten mechanisch dazu führen, daß es nicht nur den Völkerkriegern, sondern auch den Ländern, die an diesem neuen internationalen Weltbund nicht teilnehmen wünschten, unmöglich sein werde, sich künftigen Kriegen, namentlich Wirtschaftskämpfen zwischen Großmächten fernzuhalten.

Die Nichtunterzeichnung durch China.

Paris, 29. Juni. (Reuter.) Die Weigerung der chinesischen Delegation, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ist dem Reuterschen Bureau amtlich mitgeteilt worden. In dem Durchsuchen, das bei der Unterzeichnung in Versailles herrschte, entging diese Tatsache der allgemeinen Aufmerksamkeit. In der Erklärung, in der die Gründe für diesen Schritt dargelegt werden, erinnert die chinesische Delegation daran, „daß sie die Ungerechtigkeit der Regelung der Schantungfrage empfindet", und daß die chinesische Delegation am 4. Mai dem Rat der fünf einen Protest überreicht habe. Die Erklärung legt weiterhin dar, daß der Beschluß der Konferenz, Japan die deutschen Rechte in Schantung zu übertragen, einen nationalen Protest erzeugt habe; daher sei die chinesische Regierung im Hinblick auf den vereinten Widerstand der öffentlichen Meinung gezwungen, die Annahme der in Frage kommenden Klausel abzulehnen.

Die Fortschritte der Armee Denikin.

Amsterdam, 30. Juni. „Daily Chronicle" meldet, daß die Armee des Generals Denikin auf einer Front von 900 Meilen zwischen dem kaspischen Meere und der Krim an allen Stellen Fortschritte macht. Die Bolschewisten haben Bjelgorod etwa 50 Meilen nördlich Charkow geräumt. Der Fall von Charkow steht unmittelbar bevor. Wie verlautet, ist auch der Osttteil von Jaritzin von den Truppen Denikins eingenommen worden. Der linke Flügel Denikins bei Pawlograd erreicht und der Vormarsch dieses Flügels bedroht die Bolschewistenverbindung mit der Krim. Die Bolschewisten haben Feodosia in aller Eile geräumt.

Die Kundgebung der Grenzmarken-Verbände.

Der Bund der Deutschen Grenzmarken-Schutzverbände in Berlin (Potsdamerstr. 75), der den Reichsverband Oppsln, sowie die Schutzverbände für das Saargebiet, für die Pfalz, für Schleswig und für Elsaß-Lothringen umfaßt, erläßt anläßlich der Friedensunterzeichnung folgende Kundgebung an die Bewohner der deutschen Grenzmarken:

Liebe Volksgenossen! In dem namenlosen Unglück, das unser deutsches Vaterland betroffen hat, ist das Schmerzlichste und Niederdrückendste, daß die Länder und Provinzen an den Reichsgrenzen, der Millionen von Volksgenossen von uns trennt, ohne ihnen das Recht der Selbstbestimmung zu geben, das heute zu den elementaren Grundrechten der Menschheit gehört. Wir immer deutsche Herzen schlagen, empfindet jeden dieser Verluste als eine Katastrophe schlimmster Art für das ganze deutsche Volk und als eine nie dagewesene Tragödie für die vergewaltigten deutschen Brüder.

Wir haben mit allen Mitteln der Ungeheuerlichkeit der Friedensbedingungen entgegengearbeitet, die zu allem sonstigen Unglück auch noch die Zerstückelung des Reiches zur Folge haben, blühende Gebiete von zusammen rund ein deutscher Bevölkerung und entreißen und Millionen von Volksgenossen unter das Joch der Fremdherrschaft knechten. Aber alle die Feinde, denen gegenüber wir urplötzlich sind, auf der unverdienten Annahme ihrer unerhörten Gewaltfriedensbedingungen bestehenden Sachen und Reichsleitung wie Nationalversammlung in ihrer Mehrheit den Frieden unterzeichnet haben, um das Vaterland vor noch größerem Unglück zu bewahren, blieb uns nichts anderes übrig, als uns vorläufig in das Unvermeidliche zu schicken, hoffend, daß das Recht doch siegt, und den jetzt vergewaltigten Volksgenossen Freiheit und Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben wird. So unfaßbar es den Gebrochen Brüdern erscheinen muß, daß sie in das feindliche Volk ausgeliefert werden, so unfaßbar erscheint uns allen heute noch der Verlust der uns entrissenen Ost-, West- und Nordmarken. Wir bitten unsere Volksgenossen in den abgetretenen Gebieten, mit kaltblütiger Entschlossenheit einig und mutig ihre Rechte zu wahren. Das Vaterland wird Euch nicht verlassen.

Deutsche Brüder in den Grenzmarken! Gebt Eure Sache, so tragisch jetzt auch Euer Schicksal ist, nicht verloren. Haltet fest an Eurem Deutschtum und tretet, wenn auch den neuen Verhältnissen Rechnung tragend, nach reiflicher Prüfung dann je für deutsche Art und Sitte, für die Pflege deutscher Kultur ein. Gebt Grund und Boden nicht preis! Jeder bleibe auf seinem Posten und harre aus auf der Wacht für das Deutschtum. Trennen uns auch feindliche Grenzpfähle, für immer bleiben wir einig im Denken und Empfinden, bis einst der Tag der Gerechtigkeit naht. Vertraut an das Los unserer deutschen Verbänden und schöpft daraus die Hoffnung, daß für unser Vaterland auch wieder andere, bessere Zeiten kommen. Eure Losung sei: Die gut deutsch allerwegs!

Wiener Protestversammlung gegen die Judenverfolgungen.

Wien, 29. Juni. (Korrbureau). Vormittags fand eine vom jüdischen Hochschulausschuß einberufene von vielen Tausenden besuchte Protestversammlung gegen die Judenverfolgungen, Massermorde und Plünderungen in Polen und der Ukraine statt. Nach Ausführungen des Doktor Robbinos Chefs, der auf die verurteilende Stellungnahme der führenden Männer in den westlichen Kulturstaaten gegen die Pogrome verwies, verwahrte der ukrainische Gesandte Wassilko sich namens der ukrainischen Regierung dagegen, die Ukrainer, die sich niemals mit Pogromen befleckt hätten, mit den politischen Pogromen in Zusammenhang zu bringen. Es wurde dann eine Denkschrift für die Verbandsvertretungen verlesen, in der die Kulturnationen Europas und Amerikas angerufen werden, um dem Morden und den Plünderungen ein Ende zu bereiten.

Hamburg vor der Besetzung.

Durch den Verrat der Hamburger Volkswehr, die zu einem erheblichen Teil zu den Aufständischen übergegangen ist, sind auch die Bahrenfelder Freiwilligen, die einzig zuverlässige Truppe in Hamburg, die sich aus Studenten und Offizieren rekrutierte, in eine bedrängte Lage gekommen und haben fünfzehn Gefangene verloren. Diese fünfzehn Gefangenen wurden in ein Feld abgeführt. Seit der Zeit hat man nichts mehr von ihnen gehört. Es ist leider zu befürchten, daß sie dem Hafengesindel gegen den Willen der unabhängigen und kommunistischen Führer zum Opfer gefallen sind, die seitdem fortwährend bemüht sind, die Vermittlerin aufständig zu machen, zum Zeitpunkt Vorstoß einen Vorwand zum Einmarsch zu nehmen.

Die Gründe für den Einmarsch.

Hamburg, 29. Juni. (Nichtamtlich.) Ein Ausschuß der Hamburger Arbeiterschaft wurde heute von General von Lettow-Vorbeck, dem Militärbefehlshaber der Reichsgrenzlinie gegen Hamburg, empfangen. Der Ausschuß sprach den Wunsch aus, daß jetzt, nachdem Ruhe und Ordnung in Hamburg herrsche und die Hamburger Volkswehr die Entwaffnung durchführe, der Einmarsch der Truppen unterbleibe. General von Lettow-Vorbeck erklärte daraufhin, daß der Einmarsch auf dem Befehl der Reichsregierung erfolge und notwendig sei, erstens, zur planmäßigen Durchführung der Entwaffnung, zweitens zur vollständigen Neuorganisierung der Sicherheitswehr, und drittens zum Schutze der Lebensmittel durchfuhr nach der Tschecho-Slowakei.

Beurlaubung der Volkswehr.

Hamburg, 30. Juni. Im Auftrage des Militärbefehlshabers und des Generalmajors von Lettow-Vorbeck gibt der Kommandant von Groß Hamburg bekannt: Um Wiederholungen seitens Einrücken der Reichswehr zu verhindern, wird die Volkswehr Groß Hamburgs für die Dauer der Anwesenheit des Korps Lettow-Vorbeck beurlaubt. Die Mannschaften beziehen ihre Gebührnisse bis 31. Juli 1919 weiter.

Die Kriegskosten Italiens. Die Kriegskosten Italiens betrugen laut „Frankf. Ztg." in den ersten neun Monaten des laufenden Finanzjahres, d. h. vom 1. Juli 1918 bis Ende 1919 12,90 Milliarden Lire, wodurch sich der Gesamtbetrag seit dem Eintritt Italiens in den Krieg auf 54,68 Milliarden erhöht.

Zehnter deutscher Gewerkschaftskongreß.

Nürnberg, 30. Juni.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung wurde heute früh im Saalbau der Zehnte deutsche Gewerkschaftskongreß durch den Vorsitzenden der Generalkommission, Abgeordneten Karl Legien, eröffnet. Der Kongreß zu durch 52 Verbände mit 664 Delegierten beschickt, die 476 800 vertreten. Sehr zahlreich sind auch Gäste aus dem Auslande anwesend. Die Landeszentrale der schwedischen Gewerkschaften ist vertreten durch Hermann Lindqvist und Söderberg-Stockholm, der dänische Gewerkschaftsbund durch Madsen, die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften durch Aaroe-Christiania, der niederländische Gewerkschaftsbund durch Kupter-Amsterdam, der schweizerische durch Dürr und Hünß-Bern. Ferner ist anwesend Greulich aus Zürich. Die österreichische Gewerkschaftskommission ist vertreten durch Ueberwinden, Huppert und Grimwald-Wien. Ferner sind vertreten das Bündnis der Arbeiter, der deutsche Beamtenbund, die bayerische Beamtengewerkschaft, die Gesellschaft für soziale Reform, die deutschen Konsumvereine, ebenso der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Legien eröffnet die Versammlung mit einem Hinweis darauf, daß der Kongreß in der schwersten Zeit stattfindet, die je die deutsche Arbeiterschaft zu durchleben habe und gedenkt der Opfer des Krieges. Die Hoffnung auf einen Frieden der Verständigung, auf eine Versöhnung der Völker ist nicht erreicht worden. Statt der Verständigung haben wir einen Frieden der Gewalt erhalten. Dieser bringt eine Quelle neuen Hasses. Wir haben die Hoffnung, daß internationale Verständigung diese unbeirrbare Tat des Imperialismus, Kapitalismus und Militarismus nicht zur Entfaltung bringen wird. Die Revolution hat bei uns die Entwicklung beschleunigt. Diese Entwicklung wird aber gehemmt durch den Frieden der Gewalt. Der Friedensvertrag erschwert, ja macht es uns fast unmöglich, die Neuaufbauarbeit der Dinge durchzuführen. Um hörten leider darunter die Arbeiterklasse. Sie wird aber auch die erste sein, die uns hinausführt aus diesen Verhältnissen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiterschaft einig ist. (Stürmischer Beifall.) Die Hoffnung, daß die Einigkeit herbeigeführt werden wird, wird nicht vergeblich sein. (Erneuter lebhafter Beifall.) Die Regierung haben wir seit 1905 nicht mehr einberufen, nachdem sie uns beim Hafenarbeiterschutzgesetz 1904 taten ließ, daß sie keine Zeit habe. Heute ist eine solche Antwort nicht zu befürchten. Aber heute haben wir auch nicht nötig, Regierungsmitglieder einzuladen, denn Vertreter unserer Organisationen sitzen heute in wichtigen Regierungsstellen.

Schamm begrüßt Legien die ausländischen Gäste, die treu während des Krieges zur Internationale gestanden hätten. Die Mähte müßten lehren, daß man sich heute nicht mehr rüste zum Kampfe für tierische Arbeiterforderungen, sondern daß es jetzt heißt gelte, die sicherste Art zu finden, alle Arbeiterforderungen durchzuführen, zur Sicherung des Sozialismus. Daß es da Meinungsverschiedenheiten gebe sei selbstverständlich.

Es sollte eine Urgestalt des Kongresses durch Pohl-Nürnberg nennen der vereinigten Gewerkschaften Nürnbergs. Er gab ein Bild von der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, die außerordentlich günstig sei. Namens der bayrischen Regierung begrüßte den Kongreß Gallegr. Dieser betonte die Wichtigkeit der Arbeitsgemeinschaften, die mitsprechen müßten, und den Weg aus dem Trümmerhaufen hinausfinden. Dazu sei aber die Einigkeit des Proletariats notwendig. Nur Gutsäußerungen und Einigkeit könne uns weiterhelfen.

Nach einer weiteren Begrüßung durch einen Vertreter der Stadt Nürnbergs wurde zur Wahl des Bureaus geschritten, wobei sich die Opposition stark bemerkbar machte. Schumacher-Berlin stellt den Antrag, in das Bureau ein Mitglied der Minderheit zu wählen, die grundsätzlich mit der Generalkommission nicht einverstanden sei, und schlägt hierfür zunächst Richard Müller vor, zieht diesen Antrag aber dann zurück und nennt Simon-Nürnberg. Von der anderen Seite wurden vorgeschlagen zu Vorsitzenden Legien, Leipart, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, und Reichel-Stuttgart vom Metallarbeiterverband. Bei der Wahl wurden diese drei gewählt und Simon abgelehnt, für den nur eine geringe Stimmenzahl abgegeben wird.

Ueber die Wahl der Schriftführer entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Eine Erklärung der Unabhängigen und der Kommunisten im Volksrat.

Die Fraktionen der Unabhängigen und der Kommunisten des Groß-Berliner Volksgrsrats haben eine Erklärung erlassen, die sich mit den letzten Ereignissen beschäftigt. Sie verbrechen in der Erklärung, alles zu tun, „die Arbeiterschaft zu versammeln, Ruhe zu bewahren und die Pläne der militaristischen Provokateure zu vereiteln, bis die Arbeiterklasse zu gegebener Zeit und aus eigener Entschließung der unerträglichen politischen Unreife, die die gegenwärtige Regierung durch den bewaffneten Belagerungszustand, durch die Verhängung des Standrechts und durch die in Dutzenden von Noske-Erlassen proklamierte Diktatur des Maschinengewehrs aufrecht erhält, ein Ende machen und der Sache des Sozialismus zum Siege verhelfen wird." Weiter behauptet die Erklärung, daß alle Mitglieder des Volksgrsrats jede Putschtaktik verwerfen und daß kein Mitglied des Volksgrsrats in irgend einer Begleitung zu den Vorgängen in Hamburg gestanden habe. Es wird dann eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die die Aufhebung der gegen seine Mitglieder erlassenen Haftbefehle und in der Aufhebung des Verbots der „Republik" gipfeln.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands und der Heimatschutz.

Von

Dr. Karl Keller,

1. Schriftführer der Landesgruppe Brandenburg des Bundes Heimatschutz.

Der Zusammenbruch Deutschlands ist nicht allein politischer und militärischer, sondern in erster Linie ein moralischer. Weitesten Kreisen unseres Volkes ist das Bewußtsein, daß der einzelne Pflichten gegenüber der Gesamtheit hat, vollständig verloren gegangen; rücksichtsloseste Selbstsucht, krassester Materialismus machen sich überall breit. Wir können uns von unserem tiefen Sturze nur dann wieder erholen, wenn uns eine allsamtige sittliche Wiedergeburt glückt. Einen wichtigen Teil einer solchen auf die Stärkung der sittlichen Kräfte gerichteten Tätigkeit muß auch die Pflege des Heimatgefühles bilden. Wir müssen uns bestreben, in die Eigenart unseres Landes immer tiefer einzudringen; dann wird es uns auch gelingen, besser als bisher die Schönheiten der Heimat vor Beeinträchtigung oder Zerstörung zu schützen.

Das deutsche Volk wird den Heimatschutzbestrebungen in Zukunft um so mehr Aufmerksamkeit schenken müssen, als die Gefahren, die unseren Kunstschätzen und Naturdenkmälern drohen, durch den Ausgang des Krieges aufs höchste gesteigert worden sind. Schon der Friedensvertrag enthält Bestimmungen, die in dieser Hinsicht das Schlimmste befürchten lassen. Das wird in einer demnächst erscheinenden Denkschrift des deutschen Bundes Heimatschutz eingehend nachgewiesen werden. Nach Anlage IV § 2b zu Artikel 236 haben die Feinde das Recht, von Deutschland Materialien für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete (Steine, Bauholz usw.) in beliebiger Menge zu fordern. Es ist also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß durch Abholzung unserer Wälder und Anlage von Steinbrüchen in unseren Gebirgen dem Antlitz unseres Landes schwere, vielleicht unheilbare Wunden geschlagen werden. Eine andere Gruppe von Bestimmungen des Friedensvertrages betrifft die Internationalisierung der deutschen Ströme. Die internationalen Kommissionen, welche durch Artikel 340—342 für Elbe, Oder und Memel geschaffen werden, und in denen die Ausländer in der Mehrheit sind, sollen nach Artikel 344 gewisse Befugnisse betreffend die Ausführung von Arbeiten für Instandhaltung, Einrichtung und Verbesserung des Flußbettes erhalten. Ferner ist nach den Artikeln 353 und 360 Deutschland verpflichtet, Großschiffahrtswege Rhein—Donau und Rhein—Maas nach Plänen zu bauen, welche ihm von den Feinden mitgeteilt werden auf die wir also gar keinen Einfluß haben. Nach Artikel 358 hat Frankreich das Recht, für Schiffahrts- und Bewässerungskanäle Wasser aus dem Rhein zu entnehmen und Bauten zur Kraftgewinnung vorzunehmen. Es werden also von Personen die für die Schönheit der deutschen Landschaft kein Herz haben und unsere Heimat lediglich als wirtschaftliches Ausbeutungsobjekt betrachten, die schärfsten Eingriffe in unsere deutschen Landschaften unternommen. Nach Artikel 115 sollen nicht bloß die Befestigungen sondern sogar die Häfen und Uferschutzmauern der Insel Helgoland zerstört werden.

Aber nicht nur von seiten des Auslandes drohen uns Schädigungen unserer Heimat, auch wir selbst werden genötigt sein, für unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau Maßnahmen zu ergreifen, welche die Schönheit unseres Vaterlandes zu beeinträchtigen geeignet sind. Sollten uns tatsächlich das Saargebiet und Oberschlesien fortgenommen und die Verpflichtung auferlegt werden, dem Auslande beträchtliche Kohlenmengen zu liefern, so würden wir noch mehr als bisher genötigt werden, die „weiße Kohle", die Wasserkräfte, auszunutzen. Die Gefahren, die hiervon unseren Landschaftsbilde drohen, werden vielfach noch nicht richtig erkannt. Man hält die künstlichen Stauseen für eine Verschönerung der Landschaft und tröstet sich mit dem Gedanken, daß die Sperrmauern architektonisch so ausgestaltet werden können, daß sie sich harmonisch in ihre Umgebung einfügen. Daß vielleicht einzigartige Naturdenkmäler von den Wassern des Stausees bedeckt und die Fischbetten unterhalb der Sperrmauern trocken gelegt werden beachtet man nicht. Natürlich darf sich der Heimatschutz der Ausnutzung der Wasserkräfte nicht grundsätzlich widersetzen, aber er darf fordern, daß wenigstens gewisse Wasserläufe in ihrem natürlichen Zustande erhalten werden. Dieses Ziel wird sicher erreichbar sein, wenn die Wasserkräfte dezentralisiert werden, als wenn ihre Ausnutzung der privaten Spekulation überlassen bleibt. Augenblicklich ist das Bodetal im Harz sehr geschändet. Die südliche Linienführung des Mittellandkanals würde die Anlage von Talsperren bei Rübeland und im Tale der Rappbode und eines Ausgleichsbeckens bei Wendefurth erfordern, während der großartigste Teil, die Strecke zwischen Thale und Treleburg, allerdings unverändert bleiben soll. Es fragt sich aber ob nicht durch Wahl der mittleren oder nördlichen Linien ähnlich das Ziel, das gange Bodetal als Naturdenkmal zu erhalten, erreicht werden könnte.

Weitere Eingriffe in das Landschaftsbild wird das große Siedlungsprogramm der Regierung mit sich bringen. Es sollen bekanntlich 2 Millionen Hektar Oedländereien, Domänen und große Güter in Bauern- und Arbeitersiedlen aufgeteilt werden. Den Siedlungsträgern (Generalkommissionen, gemeinnützigen Landgesellschaften, Kreisen usw.) kann das Recht zur Enteignung von Oedland verliehen werden. Es ist also damit zu rechnen, daß der größte Teil der Moore und Heiden in absehbarer Zeit verschwindet. Selbstverständlich beabsichtigt der Heimatschutz auch dieser Entwicklung nicht grundsätzlich entgegenzutreten, der aber fordern, daß in jedem Landesteile gewisse Flächen als Naturschutzgebiete erhalten bleiben. Diese dürfen nicht zu klein sein; denn eine Heide von einem Morgen Ausdehnung ist keine Heide; der dieser Landschaftsform eigentümliche Stimmungsgehalt kann nur bei größeren Flächen entstehen. Besonders muß auf Erhaltung des vom Verein Natur Hutzpark am Wilseder Berge geschaffenen Naturschutzgebiets Wert gelegt werden.

Aber auch abgesehen von der Besiedlung von Mooren und Heiden wird die Notwendigkeit, unsere zukunftsgerichtete Bevölkerung in höherem Maße als bisher statt durch eine blühende Industrie durch die Landwirtschaft zu ernähren, zu einer verstärkten Ausnutzung des Bodens und damit zu einem immer weiterzehenden Verschwinden des Freien und Urwüchsigen in der Natur führen. Man wird noch mehr als bisher bestrebt sein, jeden Baum im Kampfe dessen Spitzen das Wachstum des Getreides beeinträchtigen, jedes Gebüsch, das den Nutzfrüchten Raum fortnehmen könnte, zu beseitigen, jeden Sumpf auszutrocknen; damit ist das Bestehen vieler Tier- und Pflanzenarten in Frage gestellt. Aber muß der Heimatschutz Uebertreibungen entgegentreten. Dasselbe gilt für die Ausnutzung der Forsten. Im Reichswirtschaftsamte haben bereits vor einiger Zeit Beratungen über eine Steigerung der Holzgewinnung stattgefunden. Unsere Wälder dürfen aber nicht mehr und mehr zu „Balkenfabriken" werden, wie sie Schulze-Naumburg mit treffendem Spott genannt hat. Auch die Gewinnung von erst 60 Jahre alten Kiefernbeständen steigert werden. Steinbrüche geben dem Geologen oft wertvolle wissenschaftliche Aufschlüsse; auch kann ein verlassener Steinbruch mitunter eine Zierde der Landschaft sein; aber es muß dafür gesorgt werden, daß die einem Berge zu entnehmende Gesteinsmenge einen bestimmten Bruchteil des Kubikinhalts des Berges nicht überschreitet und daß der Umriß des Berges nicht zerstört wird; auch merkwürdige Felsblöcken dürfen nicht vernichtet werden.

Die unserer Heimat drohenden höheren Gefahren erfordern einen verstärkten Schutz, deshalb ist dringend zu verlangen, daß Preußen endlich das schon seit langem erfreute Gesetz zum Schutze der Baus und Naturdenkmäler nach dem Muster des hessischen Denkmalschutzgesetzes erhält. Auch die Vorbildung unserer Techniker, Landwirte und Forstbeamten auf den technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen und Forstakademien muß auf eine andere Grundlage gestellt werden. Daß bei der Umführung von Wasserkraftanlagen und anderen technischen Werten häufig so schwere Sünden gegen die Gebote des Heimatschutzes begangen werden, die oft sehr leicht hätten vermieden werden können, erklärt sich daraus, daß die jungen Techniker auf der Hochschule über die Beziehungen zwischen Technik und Heimatschutz nicht aufgeklärt werden. Auch für die Lehrerseminare und Volksbochschulen wird Heimatschutz ein wichtiger Unterrichtsgegenstand werden. Auf diese Weise werden wir vielleicht allmählich dahin kommen, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Heimatschutzes alle Schichten unseres Volkes durchdringt. Erst wenn wir so weit sind, wird unser Land vollständig gegen alle Gefahren gesichert sein.

Wer aber die deutsche Heimat und deutsche Landschaft schätzt der schätzt nicht nur Aeußerliches und Gleichgültiges, sondern das Wertvollste, was wir besitzen, die gesunde Seele und den Charakter unseres Volkes.

Professorengehälter. Die neue „Deutsche Akademische Zeitschrift" (Verlag von K. F. Kochler in Leipzig) veröffentlicht folgende zeitgemäße Betrachtung der Professorengehälter: An der Technischen Hochschule Hannover ist eine außerordentliche Professur für Bauingenieur-Wissenschaften eingerichtet und besetzt worden. Der neuberufene Professor erhält ein Gehalt von 3000 ℳ — scheinbar Dreitausend Mark — und Pensionsanspruch. Bei fast einige Hundert Mark belassen müssen. Ferner ist gleichfalls an der Technischen Hochschule Hannover eine außerordentliche Professur für Wirtschaftsgeographie in Aussicht genommen. Diese soll mit 3500 ℳ — scheinbar Dreieinhalbhundert Mark — nebst den geringen Honoraranteilen dotiert werden. In der Wochenschrift des Architektenvereins zu Berlin wird die Stelle eines Assistenten der Wasserbau-Professur in Hannover mit einem Gehaltsrahmen von 2400 ℳ zuzüglich Teuerungszulagen ausgeschrieben. Der Assistent bekommt also bedeutend mehr als der außerordentliche Professor. Der ungelernte Wasserbauarbeiter bezieht als Angestellter der Wasserstraßenbauverwaltung Hannover 15 ℳ Tagelohn. Der hochqualifizierte Hochschulassistent bekäme also fast mehr Recht, neidlich zu seinem ungelernten Arbeiter aufzublicken, als bedauernd auf den Professor hinunterzusehen. Das Jahreseinkommen eines Strecken-Schaffners beträgt 6000 ℳ, eines Berliner Milchtrichters 9800 ℳ, eines Kellners 12 000 ℳ. Daß man es wagt, einem Professor ein Gehalt von 3000 und 3500 ℳ anzubieten, bedeutet eine solche Mißachtung, ja Verdächtigung akademischer Leistung, daß sogar die Kreise der Nichtakademiker sich dagegen empören sollten. Es ist allerdächtig Zeit, daß die Unterrichtsverwaltungen eine Besoldungsvorlage für Professoren einbringen, die berechtigten Ansprüchen Genüge leistet. Zum mindesten kann das Gehalt eines Berliner Gymnasialdirektors ein Maßstab für das Grundgehalt eines außerordentlichen Professors angesehen werden. In unserer materialistischen Zeit schätzt man den Menschen nach seinem Einkommen und nicht nach seinem Range ein. Der außerordentliche Professor an der Technischen Hochschule Hannover könnte leicht Gefahr laufen, von seiner Waschfrau oder von seinem Laboratoriumsarbeiter für nicht mehr gleichberechtigt und nur noch geduldet angesehen zu werden.

Wie Schulze Hoppe das Wetter gemacht.

Es war einmal ein Schulze, der hieß Hoppe. — Im Dorfbuch soll es gewesen sein, — der konnte es der liebe Gott nie recht machen mit dem Wetter; daß war's ihm zu trocken, daß regnete es zu viel, und da sagte der liebe Gott endlich: „Im nächsten Jahr soll Schulze Hoppe das Wetter machen."

So geschah es denn auch, und der Schulze Hoppe ließ nun abwechselnd regnen und die Sonne scheinen, und das Wetter wuchs, daß es nur so eine Freude war, mannshoch. Als es nun aber zur Ernte kam, waren alle Aehren taub, denn Schulze Hoppe hatte zu Wind vergessen, und der muß doch wehen, wenn das Getreide sich orentlich besamen und Frucht tragen soll.

Seit der Zeit hat Schulze Hoppe nicht mehr über das Wetter gekrakeelt und ist zufrieden damit gewesen, wie es unser Herrgott gemacht hat.

Entwurf eines Tabaksteuergesetzes.

Der Entwurf eines Tabaksteuergesetzes, der jetzt der National-versammlung vorgelegt wird, sieht eine neuerliche Belastung der Tabakerzeugnisse vor, obwohl bereits während des Krieges eine solche durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 über Erhöhung der Tabakabgaben eingetreten ist. Bei Beratung dieses Gesetzes im Reichstage hatte der damalige Staatssekretär des Reichsschatzamts der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine weitere Belastung des Tabaks nicht erforderlich sein würde. Eine bestimmte Zusicherung konnte er indes in dieser Hinsicht mit Rücksicht auf zwingende Verhältnisse, die etwa die Zukunft bringen würde nicht geben. Solche zwingende Verhältnisse sind inzwischen eingetreten.

Die Belastungsfähigkeit des Tabaks kann durch die bisherigen Gesetze noch nicht als erschöpft gelten. Sie hat sich im Kriege mit Ehren erwiesen, als früher angenommen werden konnte. Obwohl manch die Kleinverkaufspreise für Tabakerzeugnisse um ein vielfaches gestiegen sind, blieb die Nachfrage unbeirrt rege. Auch haben andere ähnliche Waren zu verhältnismäßig hohen Preisen steigenden Absatz gefunden. Im vorliegenden Entwurf ist eine völlige Neugestaltung der Tabaksteuerung in der Richtung vorgesehen, daß von allen Tabakerzeugnissen eine nach ihren Kleinverkaufspreisen abgestufte Verbrauchsabgabe unter Verwendung von Steuerzeichen erhoben werden soll. Die Besteuerung des inländischen Rohtabaks soll bestehen von unabänderlich Tabak soll unter Aufhebung des Wertzollzuschlages lediglich ein Gewichtszoll in der Höhe erhoben werden, wie es zum Schutze des heimischen Tabakbaus notwendig ist. Dieser Schutzzoll ist auf 150 ℳ für 1 Doppelzentner bemessen und stellt eine erhebliche Erhöhung des bisherigen Zollsatzes für den inländischen Tabak dar. Die Zollsätze für Tabakrippen und Tabakfluppen sollen mit Rücksicht auf die Preisdifferenz der Hersteller von Rauchtabak und Kautabak auf 60 ℳ und 80 ℳ festgesetzt werden. Bei den letzteren Tabakerzeugnissen soll der Einfuhrzoll für feingeschnittenen Rauchtabak und Zigaretten auf 4500 ℳ, für anderen Rauchtabak auf 1500 ℳ und für Zigarren auf 2500 ℳ erhöht werden. Neben dem Einfuhrzoll sollen diese Erzeugnisse die Verbrauchsabgabe in gleicher Weise wie die im Inlande hergestellten Tabakerzeugnisse zu entrichten haben. Die Verbrauchsabgabe für Zigarren und für die übrigen Sorten mehrfach benannten und liefern mit der Höhe der Kleinverkaufspreise verhältnismäßig an; sie bewegen sich in 22 Abstufungen zwischen 8 ℳ für 1000 Stück und 500 ℳ für 1000 Stück. Der Satz von 8 ℳ für 1000 Stück trifft Zigarren, deren Kleinverkaufspreis 8 ₰ oder weniger für das Stück beträgt, der Satz von 500 ℳ für 1000 Stück soll Zigarren treffen, deren Kleinverkaufspreis mehr als 1,20 ℳ für das Stück beträgt. Bläuft sich der Preis auf 1,20 ℳ, so beträgt die Abgabe 380 ℳ für 1000 Stück oder 31, 6 v. H. des Kleinverkaufspreises, während bei den Zigarren, die mit 8 ₰ verkauft werden, der Abgabesatz sich auf 10 v. H. beläuft. Die Herstellung der billigeren Zigarren ist außerdem durch den Wegfall der Steuer für inländischen Rohtabak erleichert.

Bei den Zigaretten soll der durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 eingeführte Kriegszuschlag mit der Zigarettensteuer vereinigt werden und darüber hinaus eine Abgabenerhöhung um etwa 8 v. H. der Kleinverkaufspreise eintreten. Die Abgabesätze für Zigaretten bewegen sich in 11 Abstufungen zwischen 10 ℳ für 1000 Stück bei Zigaretten bis zu 3 ₰ das Stück und 140 ℳ für 1000 Stück (bei Zigaretten von über 20 ₰ das Stück).

Für Zigarren und Zigaretten sind feste Preiskollonen vorgesehen, um einem ungesunden Wettbewerb im Kleinhandel vorzubeugen.

Für feingeschnittenen Rauchtabak bewegen sich die Steuersätze zwischen 3 ℳ für 1 kg und 60 ℳ für 1 kg, und zwar kommt der niedrigste Satz bei einem Kleinverkaufspreis bis zu 10 ℳ das Kilogramm und der höchste bei einem Kleinverkaufspreis von über 80 ℳ das Kilogramm zur Anwendung. Die Steuersätze für Preiskautabak (grob geschnittenen Rauchtabak) sollen sich zwischen 1 ℳ bis 9 ℳ für das Kilogramm bewegen. Kautabak und Schnupftabak sollen in 6 bezw. 7 Abstufungen mit 20 v. H. des Kleinverkaufspreises besteuert werden.

Für Zigarettenpapier, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, beträgt die Steuer 10 ℳ für 1000 Zigarettenhüllen.

Tabakersatzstoffe dürfen bei der Herstellung von Tabakerzeugnissen sowie von Bonbons, die ohne Mitverwendung von Tabak als Ersatz für Tabakerzeugnisse in den Handel gebracht werden (tabakähnliche Waren) nur nach näherer Bestimmung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts verwendet werden. Bei allen Erzeugnissen, die ganz oder zum Teil aus Ersatzstoffen bereitet sind, ist eles auf den Packungen in einer dem Verbraucher erkennbaren Weise anzugeben. Die Abgabe für Tabakersatzstoffe beträgt 100 ℳ für 1 Doppelzentner, tabakähnliche Waren sind wie Tabakerzeugnisse zu versteuern.

Die vorstehenden Nachtrümen für die vorgeschlagene Besteuerung zeigen, daß die durch die Finanzlage des Reiches gebotene starke Erhöhung der Tabakabgaben in der Folge im wesentlichen bei dem Verbrauch von Erzeugnissen an den Verbraucher umsetzen werden soll. Wollte man aber einen stark erhöhten Ertrag — bei den nicht zigarettenpflichtigen Erzeugnissen — und der Zigarettensteuerung schon auf der Grundlage der jetzt bestehenden Rohstoffabgaben erreichen, so müßte man diese Abgaben mindestens verdoppeln. Der Gewichtszoll von die übrigen und nach dem Gewichte des inländischen Tabaks ein Erhebung gelegentlich Tabak (etwa leichen indes an dem Mangel, daß hierbei stärkere und Verschiedenheit des Tabaks nicht entsprechend berücksichtigt werden. Durch die Einführung des Wertzollzuschlags auf ausländische Tabakblätter ist in dieser Hinsicht zwar ein gewisser Ausgleich geschaffen worden, er aber trotzdem als ungenügend erscheinen muß, weil er nur den Wert des Rohstoffs, nicht aber den der fertigen Erzeugnisse im vollen Umfang trifft. Im allgemeinen wird der Wert des zur Herstellung nicht zigarettenpflichtiger Erzeugnisse verwendeten Rohtabaks nicht mehr als 20 % ihres Kleinverkaufspreises betragen. Daraus folgt, daß auch der Wertzollzuschlag auf Rohtabak nur eine unvollkommene Besteuerung der Tabakerzeugnisse nach ihrem schließlichen Werte bilden kann. Die Rohstoffbesteuerung hat aber noch den weiteren Nachteil, daß sie bereits beim Beginne der Herstellung der Ware einsetzt. Sie verlangt dadurch von dem zur Verausgabung der Steuer verpflichteten Hersteller einen erhöhten Umsatz, der zwar schon bei der in Verbindung mit den sonstigen notwendigen und üblichen Aufschlägen des Verarbeiters und Händlers die Ware dem Verbraucher ohne Nutzen für das Steueraufkommen verteuert. Diese Erwägungen drängen dazu, bei der geplanten erheblichen Erhöhung der Tabakabgaben die Abgabenerhebung tunlichst nahe an den Zeitpunkt zu verlegen, in dem das Erzeugnis an den Verbraucher übergeht. Zu diesem Zwecke kommen in der Herstellung der Tabakerzeugnisse nur der zwischenhandel damit ausschließlich zum Reiche über-nommen werden, oder aber (was tatsächlich auch geschehen soll) die Erhebung der Abgaben von den fertigen Tabakerzeugnissen erfolgen. Gegen die erstermähnte Möglichkeit spricht, daß ein treten Gewohne sich dem wechselnden Geschmacke der Verbraucher rascher anpassen und an der Verbrauch mehr anregend wirken kann, als ein außerhalb jeden Wettbewerbs liegender Staatsbetrieb, zumal wenn er aus Gründen der Betriebsvereinfachung zu einer Vereinheitlichung der Sorten seiner Erzeugnisse schreiten sollte. Die Uebernahme der Zigarettenherstellung durch das Reich müßte, wenn sie den denaufsichtigen gesetzlichen Gefahr ohne allzu große Verteuerung der Erzeugnisse haben soll, voraussichtlich zu einer Zusammenlegung vieler Betriebe führen. Hierdurch würde auch eine Minderung der Arbeitsgelegenheit ein, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders unerwünscht sein muß. Geringere Bedenken dürften gegen eine Verstaatlichung der Zigarettenherstellung bestehen, da hier wegen der ausgedehnten Verwendung von Maschinen weniger Arbeiter in Frage kommen, und der größte Teil der Herstellung in den Händen verhältnismäßig weniger Großbetriebe liegt. Die Stillegung zahlreicher Kleinbetriebe würde aber auch hier kaum vermeidbar. Der erhebliche Aufwand, der für die Abfindung der Betriebseinrichtungen und für Entschädigungen dem Reiche zur Last fiele, drängt jedoch zur Prüfung der Frage, ob das einer Weiterstellung der Zigarettenherstellung für erhebliche Mehreinnahmen gegenüber der jetzigen Besteuerungsart zu erwarten wären, daß dieser Aufwand und die wirtschaftlichen Folgen sich rechtfertigen ließen. Hierfür kommt in Betracht, daß der Ertrag an Zigaretten voraussichtlich unglaublich beeinflußt würde, falls lediglich die Herstellung dieser, nicht aber auch gleichzeitig die der übrigen Tabakerzeugnisse verstaatlicht werden würden. Dagegen spräche die bisherige Entwicklung der Zigarettenindustrie, wenn auch die Wege der Besteuerung sich ein sehr erheblicher Einnahmebedarf aus der Zigarette erzielen läßt.

Die Uebernahme des zwischenhandels mit Tabakerzeugnissen durch das Reich würde wesentlich geringere Aufwendungen erfordern sowie auch sicherer und leichter einwirkbar sein als ein Herstellungsmonopol. Sie könnte sich aber in der Hauptsache nur als eine Besteuerung in der Form darstellen, daß die von den Herstellern übernommenen Erzeugnisse zu einem erhöhten Preise an den Kleinhandel abgegeben würden. Ein Teil der Einnahmen könnte Rerdet allerdings durch entsprechende Abmiderung des Herstellerlohnes und Händlergewinnes gewonnen werden. Die während des Krieges bei einem Teile des Kleinhandels mit Tabakerzeugnissen zutage getretenen unerfreulichen Erscheinungen legen sogar den Gedanken nahe, diesem für die Folge eine neuerliche Belastung zu ersparen. Solche Maßnahmen dürften aber nur dann im Wege der Steuergesetzgebung zu treffen sein, wenn hiervon ein entsprechender gesetzlicher Erfolg zu erwarten und eine andere Möglichkeit zur Abhilfe nicht gegeben ist. Tatsächlich bei Vertrag eines Fortbestehens monopols mit Tabakerzeugnissen ist aber zu berücksichtigen, daß es sich hier nicht wie beim Branntwein um ein einheitliches Erzeugnis handelt, sondern um Waren von sehr verschiedener Beschaffenheit, durch deren Uebernahme dem Liefe namentlich bei fusten.em Verbrauch ein nicht zu erhöhtes Nutzen erwachsen kann.

Zu erwähnen wäre noch die Uebernahme des Rohtabakhandels durch das Reich. Hierbei könnten Mehrerträgnisse ohne weitere Belastung des Verbrauchs, d. h. ohne Erhöhung der bisherigen Spannung zwischen den Einkaufs- und Verkaufspreisen des Rohtabaks dadurch erreicht werden, daß das Reich die höhere von Rohtabakhandel gemachten Gewinne für sich in Anspruch nimmt und diese durch Ersparnisse bei im Umsatz im großen und bei den Geschäftsunkosten erhöht. Der Rohtabakpreis ist in letzterem Verhältnis nicht mit Hinaus Schwierigkeiten der Durchführung und die sehr schwierigen Nachteile, die sich daraus für die beteiligten Gewerbekreise ergeben.

Gründlich nach wirk-ungen Ausführungen, namentlich im gegenwärtigen Zeitpunkt, wäre die Uebernahme der Herstellung von Tabakerzeugnissen nach des Zwischenhandes damit oder des Handels mit Rohtabak durch das Reich empfehlenswert, so bleibt nur übrig, die Besteuerung der fertigen Tabakerzeugnisse lediglich im Auge zu behalten. Dies soll, wie bereits erwähnt, zum Grund der Kleinverkaufspreise unter Verwendung von Steuerzeichen erfolgen und nicht, wie in den Gesetzentwürfen von 1868 und 1909 vorgesehen war, nach Art der Umsatzsteuer von Preisbestimmungen vorgeschrieben. Die Erhebung der Abgabe auf der letzteren Grundlage würde bei dem Anteil, den die in Aussicht genommene erhöhte Abgabenerhebung zu erhöhten Einnahmen dieses Jahres in Anspruch nehmen erfordern und trotzdem nicht die gleiche Sicherheit für das Steueraufkommen bieten wie die Verwendung von Steuerzeichen. Dies wäre vielleicht Bestreit im ganzen Reiche gleichmäßig und verlangsamt zu Preisunterschied nur ziehen, die auch zur den Kleinhandel unerwünscht sein müssen. Der Verbraucher endlich ist bei der Verwendung von Steuerzeichen, aus denen der jeweilige Kleinverkaufspreis der Tabakerzeugnisse zu ersehen ist, vor einer Uebervorteilung besser geschützt, als wenn die Steuer ohne Verwendung von Steuerzeichen vom Preis-Kurpreis erhoben wird, da in letzterem Falle die Festsetzung der Kleinverkaufspreise in das Belieben des Händlers gestellt ist.

Nach der Ertragsschätzung wäre die im Gesetzentwurf vorgesehene Abgabe durchschnittlich auf 1 Zigarre eine Belastung mit einer Abgabe von 0,03 ℳ bezw. 0,01 ℳ bezw. 0,02 ℳ, die Belastung mit dem auf ausländischen Rohtabak gelegten Eingangszolle, ob bei den nur aus inländischen Tabakblättern hergestellten Zigarren zum 0,01 ℳ beträgt. Da die Herstellung der billigeren Zigarren unter Mitverwendung inländischen Tabaks erfolgt, der lediglich einer Steuer unterliegen soll, kommt der dieser Zigarren neben der Verbrauchsabgabe eine Belastung mit Eingangszoll für Rohtabak nur in geringem Umfang in Frage. Die prozentuale Belastung der Zigarren kann nicht unerheblich bezeichnet werden, sie dürfte vielmehr die Möglichkeit offen lassen, Zigarren in den für den Massenverkauf in Betracht kommenden Preislagen in unentbehrlicher Menge erzeugt zu können, wenn auch den Zweck, der jede rechnen im Zigarrengewerbe beschäftigten Arbeiter: Rechnung treten. Auf eine Zigarette würde eine durchschnittliche Belastung mit Verbrauchsabgabe von 0,026 ℳ fallen, die hier bei den nur aus inländischem Tabak hergestellten Zigaretten um den Eingangszoll für den verwendeten Rohtabak auf etwa 0,027 ℳ erhöht. Gegenüber der Zigarre dürfte hiernach die Belastung der Zigarette so hoch bemessen sein, daß der erstern ein gewisser Schutz gegen den stets unerwünschten Wettbewerb der Zigarette gegeben ist. Die Zigarette selbst vermag, wie die Erfahrungen aus Anlaß der Abgabenerhöhung durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 gezeigt haben, auch eine hohe Belastung zu ertragen, so daß von der weiteren Steuerzigarette eine über den bisherigen Zweck hinausgehende Verbrauchseinschränkung nicht zu erwarten sein dürfte.

Der Gesamtertrag aus den im Entwurfe vorgeschlagenen Abgaben sieht wird mit rund 250 000 000 ℳ schätzungsweise veranschlagt. Bei der Schätzung mußte die Entwicklung des Tabakgewerbes während des Krieges außer Betracht bleiben, weil diese unterzeichnen nicht mehr ausreichen. Der Tabakverbrauch ist während des Krieges zunächst sehr erheblich, wurde dann aber durch die zunehmende Knappheit an Rohtabak und Rohtabak beeinflußt. Die Steuerbelastung geht daher von den Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden, aus und wurde hierbei wegen der Unsicherheit über die künftige Wirtschaftslage bei den Zigarren einen Verbrauchsrückgang von etwa 15 v. H. an; bei den Zigaretten ist von dem im Jahre 1913 verbrauchten Menge ausgegangen und mit einer Zunahme um 15 v. H. gerechnet worden.

Gegenüber den nach den bisherigen Abgabesätzen sich berechnenden Einnahmen würde sich auf der Ertragsberechnung zum Entwurf eine Mehreinnahme von 206 000 000 ℳ und gegenüber dem in der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 eingestellten Einnahmen an Tabakabgaben eine Mehreinnahme von 450 000 000 ℳ ergeben. Der Steuerertrag ist bei der Ertragsberechnung angenommenen Mengen an Tabakerzeugnissen berechnet sich auf insgesamt 2 459 677 125 ℳ; davon würde die gesetzliche Mehreinnahme mit rund 800 000 000 ℳ etwa 30 v. H. betragen.

§ 2.

Besteuerung von der Steuer und dem Verpackungszwange.

Tabakerzeugnisse, die im Herstellungsbetrieb, in Tabakfabriken (§ 44) und in Steuerlagern zur Verwahrung von Unterlagen verwendet, oder die unter Steuerzeichen aufgeklärt, verpackt oder verschlossen worden sind, sowie Waren von tabaksteuerpflichtigen Erzeugnissen, deren Verwendung zum Genusse durch reverse Vorkehrungen unmöglich gemacht ist, bleiben von der Steuer (§ 5) und dem Verpackungszwange (§ 14) befreit.

§ 3.

Verwendung und Besteuerung von Tabakersatzstoffen.

1) Tabakersatz offe dürfen bei der Herstellung von Tabakerzeugnissen sowie von Bonbons, die ohne Tabak hergestellt und als Ersatz für Tabakerzeugnisse in den Handel gebracht werden sollen (tabakähnliche Waren), nur nach näherer Bestimmung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts verwendet werden.

2) Tabakersatzstoffe unterliegen nach näherer Bestimmung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts 100 ℳ für einen Doppelzentner bei unverbrauchtem Zustand.

3) Der Staatssekretär kann Vorschriften über den Handel mit Tabakersatzstoffen erlassen.

4) Die Erzeugnisse, die aus Tabakersatzstoffen allein oder aus Tabak unter Mitverwendung von Ersatzstoffen hergestellt sind, sind in einer dem Verbraucher erkennbaren Weise auf den Packungen in einer dem Verbraucher erkennbaren Weise anzugeben.

§ 4.

Tabakähnliche Waren.

Tabakähnliche Waren sind wie Tabakerzeugnisse zu versteuern.

§ 5.

Höhe der Steuer.

(1) Die Tabaksteuer beträgt:

A. Für Zigarren im Kleinverkaufspreise

1)	bis zu 8 ₰ das Stück	. . .	8 ℳ	für tausend Stück,
2)	„ 12 ₰ das Stück	. . .	16	„ „ „
3)	„ 15	. . .	25	„ „ „
4)	„ 20	. . .	33	„ „ „
5)	„ 25	. . .	55	„ „ „
6)	„ 30	. . .	72	„ „ „
7)	„ 40	. . .	88	„ „ „
10)	„ 40	. . .	104	„ „ „
11)	„ 45	. . .	118	„ „ „

Anfrage in der Nationalversammlung.

Staatsbeamtenlöhne. Die Löhne der Arbeiter bei Post und Eisenbahn verbessern sich klich die Gehälter der unteren und hoher der mittleren Beamten bleibe Vernachlässigung. Anfrage solcher umgekehrten Verhältnisse. Anfrage der deutschen Volkspartei.

Unveränderte Lage im Eisenbahnerstreik.

Der von den Eisenbahnern heftig befehdete Erlaß des Reichswehrministers gegen die Streikenden ist am Sonntag aufgehoben worden. Damit entfiel für die ausständigen Eisenbahner der letzte Grund, der nach den von ihnen abgegebenen Erklärungen einer Wiederaufnahme der Arbeit entgegenstand. Leider hat es aber den Anschein, daß auch jetzt noch, nachdem Staats- und Reichsbehörde den Forderungen der Eisenbahner bis an die Grenze des Möglichen entgegengekommen sind, die dringend notwendige sofortige allgemeine Arbeitsaufnahme weiterhin unerreichbar bleiben soll.

Wie wir hören, hat sich am Montag mittag in den Verkehrsverhältnissen auf der Eisenbahn keine Besserung bemerkbar gemacht. Im Gegenteil mußten auch auf der Wannsee-bahn, die am Sonnabend noch den Betrieb aufrechterhielt, die Lokomotiven stillgelegt und der ganze übrige Verkehr konnte — wo er nicht überhaupt schon völlig ruht — nur unter den größten Schwierigkeiten teilweise aufrechterhalten werden.

Die Eisenbahnbeamten sind zweifellos arbeitswillig, sie können aber nur wenig ausrichten, da sie von den Arbeitern im Stich gelassen werden. Hier gibt es selber immer noch große Gruppen, die der Wiederaufnahme des Tagwerks durchaus ablehnend gegenüberstehen. Besonders sind es die jüngeren, unerfahrenen Elemente, die nicht in der Lage sind, die unheilvollen Folgen zu ermessen, die ihr Verhalten für die Gesamtheit und damit letzten Endes auch für sie selbst heraufbeschwören muß. An Ermahnungen durch die älteren Arbeiter fehlt es nicht, leider werden sie aber in bedenklicher Leichtfertigkeit in den Wind geschlagen. Eine außerordentlich große Zahl von Arbeitern hat sich heute — aus sehr durchsichtigen Gründen — „krank schreiben" lassen, andere sind zwar zur Arbeit erschienen, aber nur, um wertlose politische Unterhaltungen zu führen und schließlich wieder die Werkstatt zu verlassen, ohne auch nur eine Hand gerührt zu haben.

So sind denn die Aussichten auch heute noch außerordentlich trübe und es läßt sich keineswegs voraussehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden. Indessen wird die verderbenbringende Hetzarbeit von unverantwortlichen Burschen über die Köpfe der Organisationsleiter fortgesetzt, und mit jeder Stunde, die darüber verrinnt und unserm ohnehin so schwer geschüttelten Wirtschaftsleben neue tiefe Wunden schlägt, wird das Unheil größer. Von einer Streikleitung scheint heute wenig mehr vorhanden zu sein. Wohin soll dieser Zustand anders führen als an den Abgrund? Was gelten fortan noch Verhandlungen, wenn sie ohne Rücksicht auf Treu und Glauben, hohnlächelnd durchbrochen werden! Soll der Mut, für eine bessere Ueberzeugung einzutreten, der die Arbeiterschaft zu ihren bisherigen Erfolgen führte, vor dem Terror einer verhandelten Minderheit schmählich kapitulieren? Der Geist der Zerstörung und der Vernichtung darf uns nicht zum völligen Zusammenbruch führen, der entsetzliches Elend für unser schwer geprüftes Volk im Gefolge haben müßte.

Vor dem Verkehrsstreik.

In den einzelnen Betrieben der Straßenbahngesellschaften finden im Laufe des heutigen Tages Abstimmungen über den Eintritt in den Streik statt. Nach der allgemeinen Stimmung zu urteilen, wird die Mehrheit der Straßenbahner für den Streik eintreten, der dann ab morgen in Erscheinung treten würde. Die Forderungen der Straßenbahner umfassen in erster Linie eine einmalige Entschädigungssumme von 700 M., Erweiterung des Urlaubs und höheren Lohn. Bei den vorgetragen Verhandlungen beim Berliner Magistrat wurde von zuständiger Stelle erklärt, daß diese Forderungen für die Straßenbahn eine Mehrausgabe von 5 Millionen bedeuten, die aufzubringen unmöglich sei. Außerdem bringe die Herabsetzung der Lebensmittelpreise durch die Regierung auch für die Angestellten der Straßenbahn eine erhebliche Verbilligung der Lebensführung mit sich.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn führt keine Verhandlungen mit den Streikenden, da sie sich an den Schiedsspruch der Hauptkommission des Schlichtungsausschusses für gebunden hält.

Die Werkstatt der Bureauangestellten der Straßenbahn erklärte sich mit den Straßenbahnern solidarisch und wird voraussichtlich beschließen, heute nach Betriebsschluß die Arbeit niederzulegen.

Dasselbe Bild ist auch von den Hoch- und Untergrundbahnen zu bezeichnen. Die Abstimmung unter dem Fahrpersonal wird wahrscheinlich eine Mehrheit für den Eintritt in den Streik ergeben, und das Bureaupersonal der Hoch- und Untergrundbahn will sich dem Streik anschließen.

Das Fahrpersonal der Omnibusgesellschafter steht augenblicklich noch in Verhandlungen mit ihren Unternehmungen. Es ist jedoch fraglich, ob die Angestellten der Omnibusgesellschaften das Ergebnis dieser Verhandlungen abwarten werden. Die Stimmung unter den Angestellten der Omnibusgesellschaften ist so, daß damit zu rechnen ist, daß sie ebenfalls morgen in einen Sympathiestreik eintreten werden.

Der Transportarbeiterverband teilt mit, daß er dem Fahrpersonal bei den Bahnen den Auftrag erteilt habe, am heutigen Tage den Dienst wie gewöhnlich zu versehen und an den Anlagen keine Beschädigungen vorzunehmen. Der Verband hat sich erfreulicherweise bei den Bahnen bis an die Grenze des Möglichen entgegenkommen und die dringend notwendige sofortige allgemeine Arbeitsaufnahme weiterhin unerreichbar bleiben soll.

Wie wir hören, hat sich am Montag mittag in den Verkehrsverhältnissen auf der Eisenbahn keine Besserung bemerkbar gemacht. Im Gegenteil mußten auch auf der Wannseebahn, die am Sonnabend noch den Betrieb aufrechterhielt, die Lokomotiven stillgelegt und der ganze übrige Verkehr konnte — wo er nicht überhaupt schon völlig ruht — nur unter den größten Schwierigkeiten teilweise aufrechterhalten werden.

Die Eisenbahnbeamten sind zweifellos arbeitswillig, sie können aber nur wenig ausrichten, da sie von den Arbeitern im Stich gelassen werden. Hier gibt es selber immer noch große Gruppen, die der Wiederaufnahme des Tagwerks durchaus ablehnend gegenüberstehen. Besonders sind es die jüngeren, unerfahrenen Elemente, die nicht in der Lage sind, die unheilvollen Folgen zu ermessen, die ihr Verhalten für die Gesamtheit und damit letzten Endes auch für sie selbst heraufbeschwören muß. An Ermahnungen durch die älteren Arbeiter fehlt es nicht, leider werden sie aber in bedenklicher Leichtfertigkeit in den Wind geschlagen. Eine außerordentlich große Zahl von Arbeitern hat sich heute — aus sehr durchsichtigen Gründen — „krank schreiben" lassen, andere sind zwar zur Arbeit erschienen, aber nur, um wertlose politische Unterhaltungen zu führen und schließlich wieder die Werkstatt zu verlassen, ohne auch nur eine Hand gerührt zu haben.

So sind denn die Aussichten auch heute noch außerordentlich trübe und es läßt sich keineswegs voraussehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden. Indessen wird die verderbenbringende Hetzarbeit von unverantwortlichen Burschen über die Köpfe der Organisationsleiter fortgesetzt, und mit jeder Stunde, die darüber verrinnt und unserm ohnehin so schwer geschüttelten Wirtschaftsleben neue tiefe Wunden schlägt, wird das Unheil größer. Von einer Streikleitung scheint heute wenig mehr vorhanden zu sein. Wohin soll dieser Zustand anders führen als an den Abgrund? Was gelten fortan noch Verhandlungen, wenn sie ohne Rücksicht auf Treu und Glauben, hohnlächelnd durchbrochen werden! Soll der Mut, für eine bessere Ueberzeugung einzutreten, der die Arbeiterschaft zu ihren bisherigen Erfolgen führte, vor dem Terror einer verhandelten Minderheit schmählich kapitulieren? Der Geist der Zerstörung und der Vernichtung darf uns nicht zum völligen Zusammenbruch führen, der entsetzliches Elend für unser schwer geprüftes Volk im Gefolge haben müßte.

Die Verstadtlichung der Großen Berliner Straßenbahn.

Einmütige Annahme in der Verbandsversammlung.

Die Verbandsversammlung des Verbandes Groß Berlin trat heute vormittag 10 Uhr im Berliner Stadtverordnetensaale zu einer Sitzung zusammen, deren Hauptberatungsgegenstand der Ankauf des Unternehmens der Großen Berliner Straßenbahn bildete.

Der erste Punkt der Tagesordnung über die Zustimmung des Verbandes zur Verstaatlichung der BVG.-Schnellbahn über den Gemeinschaftsbahnhof Friedenau durch die Hermannstraße bis zur Münchener Straße in Berlin wurde beiseitelassen worden. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Wermuth, begründete darauf den neuen Dringlichkeitsantrag. Dr. Maier und sprach seine Genugtuung darüber aus, daß an dieser Staatsstelle ein Mann stehe, der aus der Mitte der Verhandlung selbst hervorgegangen ist. Oberstadtrat Dr. Maier dankte und führte aus: Nur noch kurze Zeit werde der Gedanke Groß Berlin in der alten Rechtsform unwirklich bleiben. Um so bemerkenswerter sei es, daß gerade in diesem Augenblick der Gemeinschaftsgedanke Groß Berlin sich als lebensfähig genug erweise, das schwierige Problem der Sozialisierung der Straßenbahn zu lösen. Der Oberpräsident spreche zum Schluß den Wunsch aus, daß die Sozialisierung ihren Widerhall finden möge in den Herzen der Dienstleistung und der Angestellten, damit sie eine Wohltat und nicht eine Plage der Allgemeinheit werde.

Ueber die Einverständnisverhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahn erstattete im Namen des Sonderausschusses Stadtrat Dr. Lohmeyer (Schöneberg) Bericht. Er empfahl die bereits mitgeteilten Anträge zur Annahme, wonach die Straßenbahn zum Preise von 137½ % vom Verband erworben werden soll mit der Maßgabe, daß die Tilgung der für die Zahlung des Kaufpreises ausgegebenen Verbandsobligationen durch Auslosung zu zum Kaufpreise erfolgen soll.

Verbandsdirektor Dr. Leidig (Wilmersdorf) erklärte sich auch namens seiner Freunde mit der Sozialisierung einverstanden, nicht aber mit der Art und Weise, wie mit der Straßenbahn verhandelt worden sei. Die Entschädigung sei angemessen. Die Angestellten der Straßenbahn müßten darauf aufmerksam gemacht werden, daß ein neuer Streik zum Zusammenbruch der wirtschaftlichen Verhältnisse Groß Berlins führen müsse.

Verbandstag. Sonnenfeld (Berlin) ist ebenfalls für die Verstadtlichung an sich, müsse sich aber gegen die übereilte und überstürzte Art der Verhandlung wenden. Das laufende Geschäftsjahr werde wahrscheinlich keine Dividende bringen. Der Redner beantragte folgenden Zusatz: Für den Fall des Erwerbs der Straßenbahn bleibt es mangels anderweiter Beschlußfassung der Verbandsversammlung bei dem gegenwärtigen Tarif. Er beantragte ferner eine schleunige Vorlage über die Finanzlage und die weitere Tarifgestaltung.

Verbandstag. Haberlandt: Mit dem Erwerb übernehme Groß Berlin ein großes Risiko. Ohne weitere Tariferhöhung sei da nicht auszukommen. (Abg. Adolf Hoffmann: Und die Lebensmittel?) Er beantrage einen Zusatz des Inhalts, daß der Erwerb der Straßenbahn zu dem Zweck erfolgt, neben einer angemessenen Verzinsung des Kapitals Ueberschüsse zu erzielen, die keinesfalls unter den Einnahmen zurückbleiben dürfen, die der Verband Groß Berlin bisher aus dem Unternehmen gehabt hat.

Oberbürgermeister Wermuth wandte sich gegen die Zusatzanträge Sonnenfeld und Haberlandt, die den bisherigen Verhandlungen den Boden entziehen würden.

Verbandstag. Grunewald (Sch.) erklärt, seine Freunde würden für die Vorlage und gegen die Zusatzanträge stimmen.

Verbandstag. Cassel stimmte den Ausführungen des Oberbürgermeisters Haberland zu. Auf jeden Fall müsse das Unternehmen einen wirtschaftlichen Ertrag erzielen. Man solle jetzt keine neuen Schwierigkeiten machen; er bitte um einmütige Annahme der Vorlage.

Nach Schluß der Debatte zieht Verbandstag. Haberland seinen Antrag zugunsten des Antrags Sonnenfeld zurück.

Die Anträge des Sonderausschusses werden einstimmig angenommen und die Zusatzanträge Sonnenfeld ablehnt.

Die Vorlage wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Vorlage über die weitere Erhöhung der Tarife bei den anderen Groß Berliner Verkehrsunternehmungen auf die Dauer von drei Monaten wurde angenommen, ebenso die Vorlage über die Genehmigung eines Gesetzesvorschlusses an die Beamten und dauernd Angestellten des Verbandes.

Aus Groß Berlin.

Eine Verschmelzung der „Berliner Neuesten Nachrichten" und der „Post" wird vom 1. Juli ab eintreten. Eingeweihten erscheint nur seit längerer Zeit bekannt, daß eine Fusion der beiden Blätter bevorstehe.

Lebensmittelverteilung. In Wilmersdorf Fortsetzung des Verkaufs von 250 g Kunsthonig, 200 g Grieß, 150 g Jole eingeweckt, 200 g ausländischen Weinmehls, 50 g Brotteig. Für Kinder 1 ℔ Kakaovulver, eine Tafel Kakaoschokolade, ein Ei. — In Schöneberg Vorausmeldung für 1 ℔ Pfd. amerikanisches Weizenmehl, für 600 g Rübenmilch und 500 g Marmelade. Außerdem werden ohne Vorausmeldung 200 g amerikanisches Weizenmehl, außerdem 1 ℔ Pfd. amerikanisches Weizenmehl, 50 g Eiertöne, 200 g Weizengrieß und 350 g Graupen. Werdende Mütter erhalten auf Sonderkarte 1 ℔ Pfd. Speck und 2 Büchsen konzentrierte Milch, die Kinder von 7. bis 13. Lebensjahr erhalten ebenfalls 2 Büchsen konzentrierte Milch.

Verlegung von Schnellzügen. Vom 1. Juli ab fahren die Schnellzüge D 37 und D 38 Spaa—Köln—Berlin (Potsd. Bhf.) und zurück nicht mehr über Cassel—Goslar—Halberstadt—Magdeburg sondern über Altenbeken—Hannover—Hildesheim—Braunschweig—Magdeburg. D 37 fährt 8⁴⁰ morgens von Hildesheim ab und ist 2⁰⁰ nachm. am Potsdamer Bahnhof, der Gegenzug D 38 verläßt Berlin um 11 Uhr abends und trifft 3⁴⁴ morgens in Hildesheim ein.

Gemeinverständlicher Rechtsberatung der Vereinigung „Deutsches Recht" am 1. Juli abends 6 Uhr im großen Sitzungssaal gerichtsamt Alt Moabit 11 über „Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt".

Aus Anlaß des Ferienverkehrs macht die Eisenbahnverwaltung auf folgende Punkte aufmerksam: Jedes Gepäckstück muß die Anschrift des Reisenden tragen. Es empfiehlt sich, diese Adressen auch in das Gepäckstück hineinzulegen. Auf Schonungsbedürftige, insbesondere Kriegsbeschädigte, ist Rücksicht zu nehmen. In Nichtraucherabteilen ist das Rauchen unbedingt zu unterlassen. Nur die nach den Fahrausweisen zulässige Mitgliederzahl darf mitfahren, auch bei Verfügung eines Zuges.

Barometer- u. Thermometerstand v. Mittwoch, früh morgens. 69.

Am 29. abends 8 Uhr	753 0 mm	+ 12,5 Grad C.
Am 30. morgens 8 Uhr	752 0 mm	+ 12,5 Grad C.
Am 30. mittags 1 Uhr	752 0 mm	+ 15,0 Grad C.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Kühl und veränderlich, überwiegend trübe mit weiteren Regenfällen und frischen südwestlichen bis westlichen Winden.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Weinert, Berlin.
Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitte

Grossbankfusionen.

Die Entwicklungstendenzen des Bankkapitals sind in den verschiedenen Ländern des Kontinents, wo eine hochentwickelte Kreditwirtschaft aufgebaut ist, immer mehr einander ähnlich geworden. Ueberall zeigt sich ein starker Drang zur Zusammenballung großer Kapitalien in wenigen Händen, tritt das Bestreben hervor, den Geschäftsbereich der großen hauptstädtischen Banken über das ganze Land zu erstrecken und an die Stelle ehemals selbständiger mehr oder minder kapitalstarker Provinzinstitute und alteingesessener Privatbankfirmen die Filiale der hauptstädtischen Grossbank zu setzen. Wir wissen aus zahllosen Einzelfällen der letzten Jahre, wie stark bei uns in Deutschland sich die Konzerne der mit Milliarden-Bilanzziffern prunkenden Mammutbanken ausgedehnt, wie viele Provinzaktienbanken ihre Selbständigkeit an sie verloren, wie Dutzende und aber Dutzende von privaten Bankhäusern in allen Teilen des Reiches ihr Firmenschild mit dem einer Filiale der Deutschen Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter Bank und anderer größerer Institute vertauscht haben. Die Länder mit älterem und gleichfalls hoch entwickeltem Bankwesen, England und Frankreich, die ebenfalls eine ausserordentlich starke Konzentrationsbewegung erlebt haben, zeigen uns bereits eine sehr kräftige Reaktion auf diese von weiten Kreisen als volkswirtschaftlich schädlich und bedenklich empfundenen Tendenzen. Wohl hat es auch in Deutschland an Opposition in der Privatbankwelt, bei den Provinzbanken und in der Presse, mitzeit auch bei den besonders bedrohten Genossenschaftsbanken nicht gefehlt, doch ist hier noch nicht wie in England der Weg zu einer Abwehr der Bankenkonzentrationsbestrebungen beschritten worden. Das englische Schatzamt verlangt jetzt von den Banken, die eine Fusion erstreben, den Nachweis, daß die Transaktion berechtigten volkswirtschaftlichen Interessen entgegenkommt, und verweigert, falls es sich nicht hiervon überzeugen kann, die Genehmigung.

Es ist ausserordentlich interessant zu sehen, dass kurze Zeit, nachdem in England unter dem Druck der öffentlichen Meinung und nach temperamentvollen Parlamentserörterungen das Schatzamt die erwähnte Ermächtigung erhalten hatte, auch in einem anderen Lande mit weit jüngerer kapitalistischer Wirtschaft und mit einer gegen England vergleichweise ärmlichen Volkswirtschaft ein Gesetz zustande kam, das dem Staate die Kontrolle der Bankfusionen in die Hände legte. In Schweden, einem der neutralen Länder, dessen Wirtschaft, Steuerkraft und Banken durch den Krieg ausserordentlich stark befruchtet worden sind, hat der Kapitalmstrom zu den Banken und haben die aus den Boden emporgeschossenen Gelegenheiten zum Abschliessen grosser lohnender Geschäfte die Bewegung zum Bankenzusammenschluss in einem Tempo beschleunigt, das die Oeffentlichkeit ernstlich beunruhigte. Im Jahre 1917 gab es bereits 12 Bankfusionen, gleichzeitig vermehrte sich die Zahl der Bankstellen der Grossbanken, die sie über das Land als Saugnäpfe auslegten, und die in den beiden letzten Jahren vor dem Krieg nur um 21 und 14 gewachsen war, um 245. Im Jahre 1918 setzte sich diese Entwicklung ungehindert fort. Voran ging insbesondere die Skandinaviska Kreditaktiebolaget, ihr folgte auf dem Fuße die Stockholms Handelsbank, die hinterreinander mehrere grössere Institute, zum Schluss die Soedra Sverigesbank, ein schwedisch-finnisches Institut in Helsingfors, aufkaufte. Hinterher folgte die Göteborgsbank, die die Norköping Folkbank in sich aufnahm. Die Fusion von Stockholms Handelsbank mit der Soedra Sverige und ein anderer Zusammenschluss, der der Skandinaviska Kreditaktiebolaget mit der Skanska Handelsbanken, die zum Teil schon durchgeführt worden sind, werden nun nachträglich in ihrer Gültigkeit dadurch bedroht, daß in dem von der Regierung auf Grund des neuen Gesetzes eingeholten Gutachten der Verwaltungsmitglieder der Reichsbank einstimmig gefordert wird, daß die behördliche Zustimmung zu den beiden Fusionen (das Gesetz hat rückwirkende Kraft) versagt werden soll. Gegen die übrigen in der letzten Zeit abgeschlossenen Bankenfusionsverträge, die auch zumeist kleinere Banken betrafen, hat dagegen das Gutachten nichts einzuwenden.

Es ist nun ausserordentlich interessant, sich die Gründe anzusehen, die die Vorstandsmitglieder der schwedischen Reichsbank gegen die unerwünschten Grossbankfusionen ins Treffen führen. Es heisst da vor allem: Die Grossbanken seien behaupten, dass ihre Fusionen den wechselseitigen Austausch grosser Kapitalien erleichtern und befruchten. Das sei besonders wichtig, weil, entsprechend der wirtschaftlichen Struktur Schwedens, bedeutende Kapitalien in seinen verschiedenen Landesteilen zu verschiedenen Jahreszeiten frei würden. Diese Ansicht weist das Reichsbankgutachten entschieden zurück und erklärt, dass die Fusionsbestrebungen keineswegs von diesen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern lediglich von dem Bestreben nach Ausdehnung der eigenen Geschäftstätigkeit veranlasst seien. Dies dürfte ein Argument sein, das gleichmässig in allen Ländern zur Anwendung gelangt, wo ähnliche Diskussionen notwendig werden. Von spezieller Bedeutung ist aber die nun folgende Feststellung, dass die Reichsbank die Grossbankenfusionen deshalb besonders bekämpfe, weil die Kapitalansammlung bei den schwedischen Grossbanken im Verhältnis zur Einwohnerzahl das Ausmass der grössten deutschen, französischen und englischen Finanzinstitute bereits um ein Vielfaches übertreffe. — Wir haben hier für das Jahr 1919 noch keine exakten Zahlen, um das im einzelnen nachzuprüfen, können aber doch feststellen, dass schon beim Abschluss des Jahres 1917 aus Schweden mitgeteilt wurde, dass die grösste Bank des Landes, die 1903 erst 8 % der in allen Banken angelegten Gelder verwaltete, jetzt bereits 17 % bei sich angesammelt habe, und dass, während 1903 noch die 10 grössten Banken 46 % aller Bankkapitalien beherrscht hätten, dies bereits 1917 bei 4 der grössten Banken allein der Fall sei. Um die Mitte des Jahres 1918 betrugen die Depositengelder des Publikums bei sämtlichen schwedischen Banken 3 881,4 Millionen Kronen, und wir sehen, dass am Schlusse des gleichen Jahres allein die Skandinaviska Kreditaktiebolaget genau den zehnten Teil davon verwaltete. Und eine weitere Ergänzung erhalten diese Zahlen noch durch die Angabe des Reichsbankgutachtens, dass, falls die Fusion der beiden Stockholmer Grossbankkonzerne, denen die Reichsbank die Zusammmenarbeit versagt haben will, doch zustande käme, in ihren Bereich der dritte Teil des gesamten schwedischen Bankgeschäfts falle.

Es hat sich in Schweden demnach in den Reservoiren einer Handvoll von nach schwedischen Begriffen sehr bedeutenden Instituten ein so erheblicher Teil der flüssigen Mittel und Ersparnisse des Landes angesammelt, dass hierin eine gewisse Gefahr für die Kredit- und Volkswirtschaft des Landes liegen kann, wenn die gewaltigen Machtbefugnisse, die die Treuhandverwaltung dieser Kapitalien mit sich bringt, etwa gemissbraucht würden. Das ist zum mindesten theoretisch um so eher möglich, als sich immer mehr die Befugnis zum Disponieren über die Verwendung dieser Gelder in wenigen Händen innerhalb der Bankkonzerne vereinigt. Hier ist es wesentlich, wenn die schwedische Reichsbank, wie es auch in der Diskussion in Deutschland stets geschehen ist, darauf hinweist, dass die Selbständigkeit der Provinzbanken und ihrer Leitung an volkswirtschaftlicher Bedeutung nicht zu vergleichen sei mit dem geringen Einfluss des Vorstehers einer Provinzfiliale der Grossbanken. Und in der Tat werden ja auch den durch Fusionen angegliederten Banken selbst dann, wenn sie der Form nach unter ihrem alten Namen weiter existieren, die grossen Direktiven von der Zentralleitung der Hauptbank gegeben, in deren Händen somit die eigentliche Kapitalsgewalt liegt.

Selbstverständlich hat sich auf der Seite der schwedischen Banken und der mancherlei sich gerichteten Presse ein heftiger Widerstand gegen die Beweisführung der Reichsbank erhoben. So betont der Direktor Frisk von Stockholms Handelsbanken, dass die Entwicklung der Grossbanken mit der von Handel, Industrie und Schifffahrt Schritt halten müsse, ein Argument, das angesichts der sprunghaften Entwicklung insbesondere der schwedischen Reederei und Ausfuhrindustrie nicht ganz unbedenklich ist, weil sehr wahrscheinlich mit dem Wiedereinsetzen der durch Kriegsmassnahmen nicht behinderten Weltwirtschaft auch für die skandinavischen Industrien ein empfindlicher Rückschlag kommen kann, die Bankenentwicklung doch aber etwas Bleibendes geschaffen hat. Ferner behauptet er, dass die Entwertung des Geldes ebenfalls zur Ansammlung grosser Kapitalien zwänge, ein Grund, der sich schon eher diskutieren liesse. Weiter befürwortet er die Fusionen seiner Bank mit der Bankaktiebolaget Soedra Sverige unter dem Gesichtspunkt, dass es vorteilhaft sei, dass die grösste schwedische Bank, die Skandinaviska Kreditaktiebolaget einen ernsthaften Wettbewerber bekomme, ein Argument, das, genau genommen, ja überhaupt gegen alle Grossbankenfusionen spricht, weil es selbst auf die Gefahren eines Privatbankmonopols aufmerksam macht. Eine solche Gefahr kann aber auch sehr wohl bestehen, wenn zwei oder drei grosse Bankkonzerne nebeneinander vorhanden sind, weil diese sehr leicht geneigt sein werden, sich durch eine gegenseitige Verständigung die Gesamtherrschaft zu sichern. Recht interessant ist auch noch ein in „Göteborgs Handels och Sjöfarts Tidning" erschienener Artikel, in dem die Gegnerschaft der Reichsbank mit der Begründung erklärt wird, dass sie fürchte, von den grossen Privatbanken an Mittel und Einfluss überflügelt zu werden. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass in der Tat die schwedische Reichsbank zurzeit als, wie oben mitgeteilt, die gesamten Bankdepositen 3,8 Milliarden betragen, nur 117 Millionen Giroguthaben verwaltete, so könnte man es schon verstehen, dass sie allmählich auf dem Geldmarkt ausgeschaltet zu werden fürchtet. Wir sind aber heute durch die Erfahrungen des Krieges wohl so weit wirtschaftlich geschult worden, dass wir in der Schachmattsetzung des Zentralnotenbankinstitutes eines Landes und in der Hegemonie grosser Kreditbankkonzerne doch nicht das erstrebenswerte Ideal einer Kreditwirtschaft sehen. Ein starker Regulator, Achtung gebietend nicht nur durch die Grösse seiner theoretischen Machtbefugnisse, sondern auch durch die Höhe seiner Mittel muss vorhanden sein. Dies zu erreichen, darf man sich allerdings nicht nur auf die mehr negativen Massnahmen beschränken.

Hans Goslar.

Vom süddeutschen Holz- und Kohlenmarkt.

©Unser Mannheimer Mitarbeiter schreibt uns: In der Zeit der Sozialisierung ist im badischen Landtag auch die Sozialisierung des Waldbesitzes angeschnitten worden; der sozialdemokratische Arbeitsminister Rückert betonte jedoch, die Sozialisierung dürfe auf keinen Fall von den Regierungen überstürzt werden. Namentlich ihre Anwendung auf Land- und Forstwirtschaft bereite Sorge; wollte man tatsächlich nur 60 Morgen (20 Hektar) jedem Landwirt überlassen, so wäre das eine Doktor Eisenbart-Politik, die die Volksernährung aufs ernstste gefährden würde. Von demokratischer Seite wurde angeführt, dass der Wald Badens beste Sparkasse sei und deshalb nach Möglichkeit geschont werden müsse.

Die Politik hat auch stark auf den Handelsverkehr in Holz eingewirkt. Es war allgemein Zurückhaltung im Einkauf, sowohl beim Gross- wie beim Kleinhandel zu beobachten. Die feste Stimmung blieb aber erhalten und es haben sich auch noch keine grossen Bestände angesammelt; nur in Modellholz und Fichten- und Tannenbohlen, die hauptsächlich für Rheinland-Westfalen bestimmt sind, haben die Sägewerke einige Vorräte. Sie fordern dafür 140 ℳ für den Kubikmeter. In Bauholz, namentlich Starkholz, sind die Bestände noch geringer; man fordert für Tannen- und Fichtenbauholz Waldkante geschnitten 160—165 ℳ den Kubikmeter, frei oberrheinischer Station, für voll kantiges Bauholz, bahnfrei Karlsruhe-Mannheim 165—175 ℳ. Für Dielen zum Waggonbau liegen noch Aufträge vor. Schwellenhölzer bleiben gesucht. Die Luxusmöbelherstellung erteilt geringere Aufträge als noch vor einigen Wochen.

Für die Ausfuhr von Nutzholz aus badischen Beständen hat das badische Ministerium des Innern in Verbindung mit der Badischen Aussenhandelsstelle eine „Badische Holzausfuhrstelle" errichtet, an die alle Ausfuhrgesuche zu richten sind. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat dieser Badischen Holzausfuhrstelle im Rahmen eines ihr übertragenen Kontingents die Entschliessung über die Ausfuhr überlassen. Wegen des Wegfalles der zunächst noch von dem Reichskommissar vorbehaltenen formellen Genehmigung der einzelnen Ausfuhrgesuche durch ihn schweben noch Unterhandlungen. Bei der Holzausfuhrstelle ist ein Ausschuss gebildet, dem ihr Leiter, Oberförster bei der Forst- und Domänendirektion Professor Dr. Wimmer, als Vorsitzender sowie zwei Vertreter des Vereins von Holzinteressenten Süddeutschlands angehören.

Die Kohlenversorgung der Industrie hat sich eine Kleinigkeit gebessert, lässt aber immer noch sehr zu wünschen übrig; insbesondere fehlte es auch an Bunkerkohlen für die Schlepper auf dem Rhein, wodurch unangenehme Verzögerungen in der Abfuhr zu Tal eintreten. Da demnächst zu erwartender Kleinwasserstand eine Erschwerung der Versorgung bedeutet, wäre raschestes Besserung dringend zu wünschen.

Deutsche Volkswirtschaft.

Die Düsseldorfer Handelskammer zu den wirtschaftlichen Aufgaben. In der Vollsitzung der Handelskammer Düsseldorf am 27. Juni wurde folgende Entschliessung zum Ausdruck gebracht: Düsseldorfs Handel, Industrie und Gewerbe stehen bei Erfüllung der soeben unterschriebenen Friedensbedingungen, deren Last fast ausschliesslich auf den deutschen Gewerbe ruht, vor unerfüllbar erscheinenden Aufgaben, werden aber, ohne der Verzweiflung anheimzufallen, gewillt bereitet sein, von den Verpflichtungen soviel abzutragen, wie es redliche Arbeit gestattet. Die Durchführung der volkswirtschaftlichen Leistungen in diesem Umfange ist vor allem von den gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter, Angestellten und Unternehmer abhängig, die Ungewöhnliches leisten werden. Die Bemühungen der deutschen Reichsregierung werden sich darauf richten müssen, uns die handelspolitische Gleichberechtigung und die Freiheit eines zeitgemässen Schutzes des Inlandmarktes schnell zurückzugewinnen, die Erleichtung einer Rheingrenze zu verhindern und die Beseitigung der Verkehrsbeschränkungen für Personen und Waren durchzusetzen, die zurzeit zwischen dem besetzten und nichtbesetzten Deutschland bestehen. Die Handelskammer hält es für erforderlich, die Wirkungen des gegen Deutschland geführten Verleumdungsfeldzuges im Auslande durch taktvolle Aufklärung zu beseitigen. Ferner müssen sich die zuständigen Reichsstellen sofort entschlossen, die Aus- und Einfuhr von allen Hemmungen zu befreien und schleunigst eine gründliche Besserung der Devisenordnung und der Währungsverhältnisse herbeizuführen.

Fried. Krupp Akt.-Ges. in Essen. Die Gründe der Stillegung der Bayerischen Geschützwerke Fried. Krupp, Komm.-Ges. in München, werden nunmehr auch von dem Essener Stammhause vollinhaltlich übernommen. Wir berichteten darüber ausführlich in No. 291. Insbesondere wird betont, dass alle Fabrikationsgegenstände, die etwa in München hergestellt werden könnten, besser und billiger in Essen anzufertigen seien.

Die deutsche Kaolinindustrie. In der „Tonindustrie-Zeitung" ist darüber Klage geführt worden, dass Böhmen der deutschen Industrie grosse Mengen getrockneter Porzellanerde zuführe, während die deutsche, insbesondere die sächsische Kaolinindustrie infolge zu geringer Kohlenzuteilung nicht in der Lage sei, einwandfrei trockene Porzellanerde zu liefern. Erschwerend trete hinzu, dass der tschechische Staat zwar die Ausfuhr von Porzellanerde nach Deutschland begünstige, die Einfuhr deutscher Porzellanwaren aber nicht gestatte. Die Handelskammer zu Dresden erwidert darauf, dass es ihres Erachtens volkswirtschaftlich richtig sei, die Einfuhr des böhmischen Kaolins vorläufig weiter zu gestatten, gleichzeitig aber darauf hinzuwirken, dass bei einer Steigerung der deutschen Kohlenzewinnung den deutschen und namentlich den sächsischen Kaolingruben grössere Kohlenmengen zugewiesen werden. Die hohen Preise, die für das böhmische Kaolin gefordert werden, würden, wenn die deutsche Kaolingewinnung wieder gesteigert werden könne, zum von selbst dazu führen, dass sowohl die keramische Industrie Deutschlands wie die Papierindustrie immer mehr zur Verwendung deutschen Kaolins übergehen. Die sächsische keramische Industrie werde von dem genannten böhmischen Einfuhrverbot vorläufig nicht getroffen, da infolge der grossen Kohlenknappheit die deutschen Porzellan- und Steingutfabriken nicht im entferntesten instande seien, die ausserordentlich starke Nachfrage nach Porzellan- und Steingutwaren in Deutschland selbst zu befriedigen.

Wie unsere Industrie ruiniert wird. Die Zahl der Industrewerke, die wegen der ungünstigen Arbeits- und Lohnverhältnisse zu Verkauf und Auflösung schreiten, mehrt sich von Tag zu Tag. Heute liegt uns ein besonders krasser Fall vor, über den wir folgende Drahtmeldung erhalten: Die Maschinenfabriken Heinrich Ehrhardt, Akt.-Ges. in Zella-St. Blasii stellt nach Mitteilung der Verwaltung ihre Fabriken im ganzen oder getrennt zum Verkauf. — Das Unternehmen arbeitet mit 1,27 Millionen Mark Aktienkapital. Es wurde im Jahre 1914 unter Beteiligung der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabriken Akt.-Ges. gegründet und verteilte 1914—17 hohe Dividenden von 6, 16, 18 und 16 % Fabriken bestehen in Zella und in Düsseldorf.

Danziger Textilwarenmesse. Aus Danzig meldet uns ein eigener Drahtbericht: Die zweite Textilwarenmesse des Einkaufsverbandes Osten findet in Danzig vom 22. bis 25. August in grösstem Umfange statt unter Hinzunahme anderer Branchen.

Ein Verband der südwestdeutschen Tabakindustrie. In Stuttgart wurde am 25. Juni der Verband der südwestdeutschen Grosshändler mit Tabakfabrikaten gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde Herr Rudolf Schmidt, i. Fa. Christian Schmidt, zum stellvertretenden Herr Paul Brüninsing, i. Fa. Paul Brüninsing, Heidelberg, gewählt. Zum Syndikus wurde Herr Dr. Lothar Dessauer, Stuttgart, bestellt.

Ausländische Volkswirtschaft.

Ein skandinavisches Privatmonopol für Kali. Nach dem uns aus Christiania zugehenden Privattelegramm berichtet „Dagbladet", dass die Gesellschaft für Herstellung künstlichen Stickstoffs, die Norsk-Hydroelektrisk Kvælstof Aktieselskap, die die grössten Fabriken ihrer Art in Norwegen besitzt, den Kleinvertrieb für Skandinavien und Finnland für die Kaliprodukte der elektrischen Industrie erhalten soll. Es stellt dies eine einzigartige ökonomische Eroberung für die Gesellschaft dar. Norwegen allein verbraucht etwa 20 000 t Kali jährlich, Schweden dreimal so viel, Dänemark etwas weniger als Schweden und Finnland ähnlich so viel als Norwegen. Die Ergiebigkeit der elsässischen Kalilager scheint im Ausland denn doch überschätzt zu werden. Jedenfalls sind für elsässische Kaliprodukte bereits so viele Aufträge eingelaufen, dass sie selbst bei ärgstem Raubbau wohl kaum zur Ausführung gelangen können.

Rumänische Petroleumaustuhr. Nach einer Meldung aus Paris an die „Morning Post" stehen die Verhandlungen über die Gewährung von Zollnachlässen für rumänischen Oelen vor dem Abschluss. Zwischen Rumänien und der Standard Oil Company ist ein Uebereinkommen abgeschlossen worden.

Italienische Finanzen. Der Umlauf von Schatzscheinen ist in Italien seit Ende 1918 dauernd im Wachsen begriffen. Damals betrug er 14 40 Milliarden Lire. Bis 31. März d. J. schwoll er auf 17,98 Milliarden an, Ende April stellte er sich auf 19,94 und am 27. Mai auf 19,96 Milliarden Lire. — Das Schatzamt in Washington hat Italien einen neuen Kredit von 10 Millionen Dollar bewilligt.

Aktiengesellschaften.

In der Generalversammlung der Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter) berichtete der Vorstand der Bank über die geschäftlichen Ergebnisse des Jahres 1918. Der Ueberschuss in der Todesfallversicherung beträgt 14 102 616 ℳ einschliesslich der den Dividendenreserven vorweg zugewiesenen Zinsen im Betrage von 854 221 ℳ. Davon fliessen 13 029 945 ℳ den Sicherheitsfonds I und II, 22 450 ℳ der Kursausgleichungsreserve und 200 000 ℳ dem Pensionsfonds der Bankbeamten zu. Die vorgeschlagene Verwendung des Ueberschusses wurde genehmigt.

Die Allgemeine Boden-Akt.-Ges. Berlin schliesst ihr Geschäftsjahr 1918 mit einem weiteren Verlust von 257 571 ℳ (i. V. 169 002 ℳ) ab und erhöht so ihre Unterbilanz auf 2 624 193 ℳ. Infolge des ungünstigen Einflusses des Krieges konnten Verkäufe nicht getätigt werden, auch im neuen Geschäftsjahre ist eine Veränderung nicht eingetreten. In der Generalversammlung wurde der Abschluss genehmigt und dem Vorstande Entlastung erteilt.

Die Maschinenfabrik Grevenbroich Akt.-Ges. erzielte nach Abschreibungen von 422 576 ℳ (366 784 ℳ) einen Reinerträgnis von 328 297 ℳ (47 319 ℳ), aus dem eine Dividende von 12 % (i. V. 16 %) zur Verteilung gelangt. In das neue Geschäftsjahr konnte die Gesellschaft einen Auftragsbestand von nur 547 000 ℳ (5 158 000 ℳ) übernehmen.

Die Kittfabrik Akt.-Ges. Köpenick konnte im Geschäftsjahr 1918/19 trotz der Verschleichterung der Lage im zweiten Halbjahr ungefähr das gleiche Ergebnis des Vorjahres erzielen und ist so in der Lage, wiederum 12 % Dividende zur Verteilung vorzuschlagen. In der Bilanz hat sich das Bankguthaben von 67 119 ℳ auf 690 783 ℳ erhöht. Ueber die weiteren Aussichten herrsche, so berichtet der Vorstand, in Anbetracht der allgemeinen hohen Unkosten noch volle Unklarheit. Die Aktiengesellschaft Deutsche Chemische Fabriken Akt.-Ges. haben auch weiterhin eine Veränderung nicht erfahren.

Die Generalversammlung der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Berlin setzte die Dividende auf 6 % fest. Auf Anfrage führte der Vorstand aus, dass während des Krieges Strassenbahnen in der Voraussicht der Sozialisierung verkauft worden seien und augenblicklich keine dahinzielenden Verhandlungen schwebten. Die Frage der Sozialisierung von Bahnen spiele keine Rolle, nachdem die Zahl der noch im Besitz der Gesellschaft befindlichen so zurückgegangen sei. Hinsichtlich der Sozialisierung von Ueberlandzentralen ist Redner persönlich der Ansicht, dass für die Leute, die sozialisieren wollen, der gegebene Augenblick noch nicht gekommen sei.

In der Generalversammlung der Chemischen Fabrik Grünau Landshoff u. Meyer Akt.-Ges. in Grünau bei Berlin wurde die Dividende auf 10 % festgesetzt. Ueber die Aussichten äusserte sich die Verwaltung dahin, dass die Nachfrage gut sei, dass man derselben jedoch wegen nicht ausreichender Produktion nicht genügen könne. Wenn der Friede etwas Gutes für sich habe, so würde es darin bestehen, dass die Rohstoffeinfuhr, schneller als man gehofft habe, vor sich gehe. Jedoch liesse sich in dieser Beziehung Bestimmtes nicht sagen.

Die Niederlausitzer Kohlenwerke schlagen 10 % Dividende (14 % vor. Der Bruttogewinn stellt sich auf 5 209 741 ℳ (5 339 698 ℳ), wovon zu Abschreibungen 2 900 937 ℳ (2 854 434 ℳ) dienen.

Berliner Börse vom 30. Juni.

An der Börse behielt trotz der andauernden Streikbewegung eine zuversichtliche Stimmung die Oberhand. Spekulation und Publikum beteiligten sich ziemlich rege am Geschäft; ebenso kamen wieder Auftrage für ausländische Rechnung zur Ausführung. Kursbesserungen bildeten auf der ganzen Linie die Regel; lediglich die ausgesprochenen Valutawerte gaben im Zusammenhang mit der Besserung, welche der Markkurs im neutralen Auslande wieder erfahren hat, etwas nach. Zu merklich höheren Kursen wurden am Montan markt die Aktien des Bochumer Gußstahlvereins, der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A.-G. und der Phoenix-Gesellschaft dem Markte entnommen. Von Farbwerken wurden die Aktien der A.-G für Anilinfarben und der Höchster Farben höher bewertet. Fest waren sodann die Aktien der A. E. G. (+ 5 %), der Hirsch Kupfer- und Messingwerke (+ 10 %) und der Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Auch für Schiffahrtswerte, Petroleum- und Kolonialpapiere bestand gute Meinung. Von Kaliwerten hatten Ronnenberg die Führung. Heimische Anleihen konnten ihren Kursstand weiter verbessern; Kriegsanleihen gingen zu 76½ % um. Geld auf kurze Termine über Ultimo stellte sich auf etwa 4¾ %; Privatdiskont 4⅝ % und darunter.

Am Einheitsmarkt stellten sich höher:

Boesperde 10, Magdeburger-Bergwerk 10, Chem. Fabr. Gelsenk. 12, Chem. Fabr. Heyden 10, Hutschenreuther 10, Germania Cement 5, J. P. Bemberg 7, Adler Werke 7, Pittler 6, Excelsior Fahrrad 9, Linke Waggon 5, Nordd. deutscher Gummi 4, Langendreer 4, Harburg Wien 6, mind. 4, Hannover Waggon 4, Georg Marie 4, Nitritfabrik 4, Akkumulatorenfabrik 4, Adler & Oppenheimer 4, Fischer Masch. 4, Kahla Porz. 5, Königszell Porz. 5, Rhein. Cammotte 4, Sachsenwerk 4, Stolberg Zink 4, Gelsenk. Gusseisen 10, Brown Boveri 12½.

Niedriger: Varziner Papier 4, Vorwohler Cement 4, Loewe 4, Riebeck Montan 4, Bamberger Mälzerei 6, Oppeln Cement 5, Mark Cement 5.

*

Reichsbankdiskont 5 %, Lombardzinsfuss 6 %.

Liste

der mit variablen Kursen gehandelten Papiere.

	Schluss-kurs v. 28. 6.	Anfangs-kurs v. 30. 6.		Schluss-kurs v. 28. 6.	Anfangs-kurs v. 30. 6.
Anatolier . . .	—	—	Mannesm. . .	174½	171
Transzonen . .	—	—	Oberschles.-B. .	111	110½
Lombarden . .	20½	—	Eisen-Ind.	126½	126
Prinz Henry .	208	208	Phönix . . .	183	185½
Orientbahn . .	210½	—	Rhein. Stahl .	140	141
Schantung . .	28½	129	Rombacher . .	147	148
Gr. Berliner .	123	—	Akt. f. Anilin .	235	230
Oestr. Kredit .	—	—	Bad.	382	381
Türk. Tabak .	412	415	Elbert. Farb.	275	276½
Du. Austral. .	—	182½	Höchster . . .	291½	—
Hbg. Paket . .	93½	94	A. E. G. . .	173½	180½
Hansa Südamer.	149	—	Bergmann . .	189½	188
Hansa	198½	199	Siem. u. Halske	161	164
Nordd. Lloyd .	94½	94½	Schnckert. . .	122½	—
Bismarckh. . .	173½	—	Felt. Guill. .	156½	—
Bochumer . .	183	183	Zeiss, Bibl. .	—	163½
Dt. Luxemburg	146	147½	Th. Wilhm. . .	216½	216
Gelsenkirchen.	154½	155	Hirsch Kupfer .	209	218
Harpener . . .	158½	158½	V. Köln-Rottw.	156½	158
Hohenlohe . .	59	59	Deutsch. . . .	68	69
Kattowitzer . .	132	133½	Rhein. Metall .	170	—
Laura	—	149½	Daimler . . .	192	198
Lothr. Hütte .	158½	157½	Dt. Kali . . .	167½	170½

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen:	30. Juni Geld	30. Juni Brief	28. Juni Geld	28. Juni Brief
Holland	100 Gulden	100 Gulden	335	335½
Dänemark . . .	100 Kronen	221	221½	221	221½
Schweden . . .	100 Kronen	349	349½	349	349½
Norwegen . . .	100 Kronen	240	240½	240	240½
Helsingfors . .	100 finnische Mark	104½	105½	104½	105½
Schweiz . . .	100 Franken . . .	350	350½	350	350½
Wien	100 Kronen	46,45	46,55	46,45	46,55
Madrid u. Barcelona	100 Pesetas . . .	273	274	273	274

Neuerscheinungen.

Bericht der Royal Commission on Supply of Food and Raw Material in Time of War. 1916. XV. Heft. Der Kriegswirtschaft. Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft, Kiel. Jena 1918, G. Fischer.

Etwa um 1890 herum begann man sich in England Gedanken zu machen über die Notwendigkeit, neben der militärischen Kriegsrüstung auch für die wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft Vorkehrungen zu treffen. Man fühlte sich hinter der grossen Flotte nicht mehr sicher. Die öffentliche Meinung verlangte eine Untersuchung über die Frage, wie sich im Falle des Krieges die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen gestalten würde. Auf diese und andere Fragen gab die im Titel angeführte Kommission 1903 Antwort. Es ist ein Verdienst des Institutes für Seeverkehr und Weltwirtschaft, uns diesen interessanten Bericht zugänglich gemacht zu haben. Bemerkenswert ist der Gedanke des § 248: Wenn Englands Feinde Nahrungsmittel als unbedingte Bannware erklärten, so würde das eine Vergewaltigung des Völkerrechts bedeuten, „wegen die die Neutralen protestieren würden und, wie mehrfach die Erfahrung lehrt, mit guter Aussicht auf Erfolg". Als die englische Blockadepolitik während des Krieges den Spiess umdrehte, war man anders!

Frankreichs Handel und Industrie und die Konkurrenz des Auslandes. (In derselben Sammlung wie obige Schrift, Heft XVI.)

Dieser Rapport général bildet eine Art Gegenstück zu dem englischen Bericht. Die Association nationale d'Expansion économique, 1915 auf Betreiben der Handelskammern gegründet, veranstaltete eine Enquete über die jetzige und künftige Lage der französischen Volkswirtschaft. Mit der Ausarbeitung wurde einer der besten Kenner des deutschen Wirtschaftslebens, Henri Hauser, betraut. Der Bericht ist das Ergebnis einer grossen Zahl von Gutachten und Wünschen weltwirtschaftlich interessierter Kreise Frankreichs. Auch hier ist ein Satz von grossem Interesse: „Es ist nicht das erste Mal, dass ein Krieg zu einem grossen Teil aus wirtschaftlichen Ursachen entstanden ist. Vielleicht aber ist es das erste Mal, dass der Ausgang eines Krieges wirtschaftlichen Kriegszustandes bedeuten wird." Ein Vergleich der uns vorgelegten Friedensbedingungen mit diesem Bericht lässt auf ganz auffällige Uebereinstimmungen stossen, so dass an einem beschummelten Einfluss kaum zu zweifeln ist.

Adolf Damaschke: Die Bodenreform. Der Weg zur sozialen Versöhnung.

„Der Aufbau", 5. Heft, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin. Den herrschenden Klassen sei es vor dem Kriege nicht gelungen, eine Versöhnung der grossen Gegensätze auf sozialem Gebiet herbeizuführen. Die Folge war die Revolution. Nur durch gerechte Grenzziehung könne man zu einer Versöhnung kommen, der Weg dazu sei die grundsätzliche Scheidung von Boden und Ware.

Heraus! Noch sind sie bar Geld!
Ich kaufe jeden Posten aller Art gebrauchter
Gelt **Korken** Wein
20 Pfg. (Natur) 1 Pfg. (Kunst) frei von Bruch und Kunstkorkfrei.
sowie auch gebrauchte Flaschenkapseln und Etiquet. bei vorheriger Einsendung gegen sofortige Kasse nach Empfang und Nichtgefallen der Ware. Fracht und Porto trage ich.
Korkhaus Henecke, Berlin N., Invalidenstr. 137.
Geöffnet von 9—7 Uhr. Emil Henecke 8876.
Für Groß-Berlin freie Abholung.